

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postpartassalento 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, vierteljährlich 48.— Kč, halbjährig 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120.— öK, für Deutschland 16.— Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Ein polnisches Ultimatum an Rußland.

Herr Briand steht am Räderwerk, das den Gang der Welt in Bewegung setzt. Und jedes Rad greift genau in die Kerbe ein, die der Meister ihm vorschreibt. Polen wird am neuen Angriff auf Rußland kommandiert und es gehorcht. Die Zeit ist günstig. Der Hunger geht um im Moskowiterraich, die Körper der roten Soldaten sind von der Not zermürbt, der Groll gegen die leitenden Männer, welche das Reich so furchtbarem Elend zugeführt haben, frisst an den Seelen. Das ist die Rechnung. An ihrem Ende steht der erhoffte Sturz der Proletariatsrepublik und der damit automatisch einsetzende Weltkampf des Kapitals gegen die Arbeiterklasse. Aber die Rechnung kann und wird ein Loch haben. Denn die Stoßtruppe, die da auf den russischen Kosak gehetzt wird, ist krank bis ins Mark hinein. In allen Grenzen Polens droht ein Feind, jedem Nachbar hat es sich durch maßlose Ansprüche verhaßt gemacht. Mit Deutschland habert es um Oberschlesien, mit den Litauern um Wilna, mit der Ukraine um Ostgalizien, mit den Tschechen um Ostschlesien. Und mögen auch diese Gegner durch Schwäche oder durch Ententebande heute und in Zukunft am Losschlagen gehindert sein —: mitten in einem Meer der Mißgunst den Kampf auf Leben und Tod auszufechten, ist noch niemandem geglückt. Dem starken Deutschland im Weltkrieg nicht. Wie erst dem unseligen polnischen Staat, dessen Verwaltung Unfähigkeit und Korruption völlig zerrüttet haben; dessen niedergebrochene Valuta neun Zehntel der Bevölkerung zum langsamen Hungertod verurteilt; wo ein übermütig verschärfter Gegensatz der Klassen und Nationen eine Siebelsäge des Hasses, der Verzweiflung und des wahnwitzigen Mißtrauens geschnitten hat! Ein schwacher Stoß genügt, um in diesem Regentessel ungeahnte Stürme zu entfesseln. Die polnischen Machthaber wissen nicht, was sie tun. Weil ihnen Frankreich im Streit um Wilna mit energischen Worten beispringt, sind sie bereit, mit verbundenen Augen dem Abgrund entgegenzutaumeln. Die polnischen Sozialisten tanzen wohl den überwiegigen Todesreigen mit: wo es um Nationalismus und Patriotismus geht, haben sie bisher immer die Besinnung verloren, auf ihren Widerstand zu hoffen, hat keinen Zweck.

Nun ist ja ein Ultimatum noch lange kein Krieg und namentlich die Polen schießen gern mit den Worten des schwersten Kalthärs. Nichtsdestoweniger steht mit derartigem Pronunziamentos doch gern die sogenannte Zwangsläufigkeit des Geschehens ein, welche den vermeintlichen Steuerleuten das Steuer aus den Händen reißt und das blinde Geschick an die Stelle eines Zielwillens setzt. Und überdies gibt die allgemeine diplomatische Offensive gegen Rußland den ernstesten Befürchtungen Raum. So muß man, bei aller Hoffnung auf eine unblutige Lösung, sagen: Der Friede der Welt steht auf des Messers Schneide. Rußland gilt es zu erwürgen. Aber zugrunde gehen können wir alle. Denn das notdürftig zusammengestückelte Europa verträgt jetzt keine Erschütterung, es müßte im Chaos versinken.

Dieser Aussicht gegenüber ruhig zusehen, die Hände im Schoß, und die Dinge an sich herankommen zu lassen, ist ein furchtbarer Gedanke. Eben darum soll ihn jeder Proletarier schauernd bis ans letzte Ende denken. Dann wird er begreifen, wie brennend uns die Einigkeit nottut. Vereint können wir jedem Unheil wehren. Zerrissen bleiben wir die Marionetten des strupellosesten Kapitalismus.

Moskau, 21. Sept. (Tsch. Pö. Funk.) „Wjestnik“ meldet: Gestern hat der polnische Vertreter ein bis zum 1. Oktober befristetes Ultimatum betreffs der schwebenden Fragen überreicht und mit dem Abbruch der Beziehungen im Falle der nicht rechtzeitigen Erfüllung der Forderungen gedroht. Rußland war stets bereit, die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Es verlangt nur von Polen ein Gleiches und wünscht die Einstellung der Unterstützung der Gegenrevolution Sawinkows. Die polnische Note von gestern verlangt von Rußland nicht nur mehr, als der Friedensvertrag vorseht, sondern weigert sich auch, Sawinkow auszuweisen. Polen schlägt nur vor, über die Mittel gemeinsam zu beraten, die verhindern sollen, daß Banden die Grenze überschreiten. Derartige Mittel sind aber zwecklos, wenn nicht in Polen der Herd der Bandenbildung ausgehoben werde. Die Note macht den Eindruck, daß Piłsudski auf jeden Fall den Bruch mit Rußland herbeiführen will.

Die Ideenlosigkeit als Idee.

Wenn in anderen Staaten, besonders in solchen mit einer jahrelangen parlamentarischen Tradition wie in England oder Frankreich, eine neue Regierung die politische Bühne betritt, dann hängen alle politischen Kreise gespannt des Programms, in dem die Regierung ihre Pläne und Absichten enthüllt. Dadurch soll sich gerade eine parlamentarische von einer Beamtenregierung unterscheiden. Beamtenregierungen, wie wir sie im alten Oesterreich durch Jahrzehnte am Werke sahen, brauchen kein Programm. Sie sind in der Regel dazu bestimmt, die Regierungsgeschäfte weiterzuführen, die in der Verfassung vorgesehenen Ministerposten auszufüllen, die notwendigen Verantwortlichkeiten zu schaffen. Wir erinnern nur an die Regierung Clam-Martinich im Kriege, da der Ministerpräsident seine politischen Absichten in die vier Worte zusammenfaßte: Mein Programm ist Oesterreich, worauf ihm mit Recht entgegengehalten wurde, das sei ein Gemeinplatz, denn das Programm einer österreichischen Regierung könne gewiß nicht lauten: Mein Programm ist China. Von einer parlamentarischen Regierung jedoch, an deren Zustandekommen bereits ein halbes Jahr gearbeitet wird, sollte man mehr erwarten.

Die beiden sozialistischen Parteien, welche in die Regierung ihre Vertreter entsenden werden, haben ziemlich gleichlautende Forderungen aufgestellt, unter denen sich gewiß manches Schöne und Gute befindet, dem wir unsere Zustimmung nicht versagen können. Aber das Verständnis, auf das diese Forderungen gestochen sind, ist nur ein geringes, trotzdem man bei der Bildung einer neuen Regierung von bürgerlicher Seite mit Versprechungen nicht geizig zu sein pflegt. Das Blatt des künftigen Ministerpräsidenten, der „Venkov“, war sichtlich unangenehm berührt, daß es jemanden eingefallen ist, überhaupt ein Programm aufzustellen. Er schrieb vor einigen Tagen, die Aufstellung von Programmen durch die an der Regierung beteiligten Parteien sei nicht der richtige Weg, um die Bildung des parlamentarischen Ministeriums zu erleichtern. Wenn man in eine Regierung hineingehe, an der verschiedene Parteien beteiligt sind, müsse man vom heiligen Geist des Entgegenkommens erfüllt sein, man müsse politische Gegner, mit denen man auf einige Zeit denselben Weg zurücklegen will, Zugeständnisse machen. Am liebsten wäre es wohl dem schlauen Unterhändler, der die Regierung schon wochenlang zusammenstellt, gewesen, wenn die Parteien und damit ihre Regierung gar kein Programm aufstellen müßten, mit der Programmlosigkeit ließe sich sicher am leichtesten regieren.

Nun braucht aber das alte Haus eine neue Fassade, die Regierung braucht nach außen doch so etwas wie ein Programm, eine tragende Idee. Und da sich die verschiedensten Klassen und Parteien des tschechischen Volkes, zusammen mit den Großbourgeoisie und das Proletariat, kleinbürger und antiklerikale Freigeister, Agrarier und Städter, Anhänger des Freihandels und der gebundenen Wirtschaft, bleibt nichts anderes übrig als die „allnationale“ Idee. Dem ist die Spitze des tschechischen Volkes noch am ehesten zugänglich. Die allnationale Idee hat — so vermaßen viele — den Tschechen die staatliche Selbständigkeit gebracht, alle Klassen der tschechischen Bevölkerung haben die nationale „Revolution“ des Jahres 1918 durchgeführt, die allnationale Idee, die längst zur imperialistischen entartet ist, die innere Festigung der Republik, den Ausgleich der Nationen unmöglich gemacht hat, dafür fehlt den tschechischen Politikern augenblicklich das Verständnis. Im Gegenteil! Die tschechischen Staatsämter sehen in der Entwicklung von Tuzar bis Szebla, von der Regierung der „Bauern und Arbeiter“ zur Regierung, die alle tschechischen Parteien umfaßt, einen Fortschritt. So schreibt die „Narodni Politika“ in ihrem gestrigen Leitartikel:

„Und diese Neugier, die allnationale Regierung, ist uns das wertvollste Aktium der neuen Situation. Wir erblicken im Siege des Prinzips der Regierung aller tschechoslowakischer Parteien den Sieg der eisernen Notwendigkeit, der unüberwindlichen Wirklichkeit über doktrinaire Vorurteile, über Püchern einomene und träumerische Phantome. Endlich ist nach so vielen vergeblichen und überflüssigen Versuchen, eine Regierung, bestehend aus deutschen und tschechischen Agrariern und Sozialisten zu schaffen, die Idee also der gemeinsamen Regierung der Deutschen und Tschechen, gesellen. Je unmöglicher dieser Gedanke erschien, desto eifriger und hartnäckiger bestanden ihn alle diejenigen, welche keine andere Weisheit und Richtlinie kennen, als gerade das Gegenteil dessen zu machen, was die Erfahrungen jener Klassen lehren, die schon lange regieren und die Lehrzeit hinter sich haben. Die neuen Klassen, welche erst regieren lernen, wollten nicht glauben, sie versuchten lange, sie hoffen, sie ließen den Deutschen nach, wollten sie überzeugen, boten sie, bis die Fußstapfen, die ihnen die Deutschen verlegten, sich nicht verschweigen und vermeintlichen ließen. Und noch heute gehen sie ungern in die allnationale Koalition und glauben, es werde der Tag kommen, da die Deutschen aufhören werden, Deutsche zu sein und so nicht werden, wie unsere „Politiker“ sind.“

Etwas offener drückt sich schon das Blatt der Agrarier aus, welches kurzweg sagt: „Die künftigen parlamentarischen Minister können aus den bisherigen Erfahrungen lernen, was das Volk in erster Reihe will: Ordnung!“ Also das ist das Regierungsprogramm: Ordnung! Der alte Vetternich hat kein anderes Regierungsprogramm gehabt. Ordnung, versteht sich dann, wenn es gegen die Deutschen oder gegen die Kommunisten geht. Wenn Ordnung gegen tschechische Patrioten gemacht werden müßte, wenn der tschechische Nationalismus Recht und Ordnung versteht, wie dies in Kuffitz und jüngst in Brünn geschehen ist, dann versagt plötzlich die staatliche Autorität, die sonst das Juwel der tschechischen Republik ist.

Wir müssen gehen, es gehört schon eine große Portion Begeisterung dazu, den Antritt der neuen Regierung jubelnd zu begrüßen. In Wahrheit hat die kommende Regierung Szebla weder ein Programm, das sie sich übrigens dank der Geschicklichkeit ihres Leiters ohne weiters geben wird, noch eine tragende Idee, die einen geschichtlichen Fortschritt in diesem Staate bedeutet: Die Ideen- und Programmlosigkeit ist das eigentliche Regierungsprogramm.

Eine Rede an die Deutschen.

Die Rede, die der Präsident Masaryk vorgestern als Antwort auf die Begrüßungsansprache einer deutschen Abordnung, die auch Klagen der deutschen Minderheiten vorbrachte, improvisiert hielt, ist, auch wenn man ihre Bedeutung angesichts der wirklichen Machtverhältnisse im Staate in ihrer Wirkung nicht zu überschätzen geneigt ist, unlesbar bedeutsam. Sie war wohl unmittelbar als Antwort auf die vorgebrachten Klagen gedacht, reicht in ihrem Inhalte aber weit darüber hinaus und kommt sicher einem an die gesamten Deutschen des Tschechoslowakischen Staates gerichteten Worte gleich. Der Präsident entwickelte darin, wenn auch nur andeutungsweise, seine Anschauungen über die Lösung der nationalen Streitfragen. Die Rede atmet den Geist der Versöhnlichkeit. Masaryk war von jeher das, was man einen modernen Europäer nennt und er war einer jener wenigen Tschechen, die sich vom Laster des Chauvinismus freigehalten haben. Er fand daher auch gerade zu der Zeit, da die Zensur anlässlich seiner Reise gegen jedes freie Wort wütete, in Brünn und Preßburg maßvolle Rundreden der deutschen Parteien dem Postfusse verfielen, für die Offenheit, wie er sie von den Deutschen gewöhnt sei, ein freundliches Wort. Dieses Wort des Papstes ist gleichzeitig eine Verurteilung der übereifrigen Staatsanwälte, die nach österreichischem Muster noch immer glauben, Meinungen und Gesinnungen durch brutale Polizeimittel ausmerzen zu können.

Der Präsident sagt in seiner Rede, daß man mit der Tatsache rechnen müsse, daß jeder Staat ein gemischter Staat sei, wobei er, rein ideell betrachtet, radikal ethnographische Grenzen der Staaten in Europa wohl für die beste Lösung der nationalen Frage halten würde, doch er meint, daß die sprachlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse so kompliziert seien, daß Grenzen, die nur auf nationale Siedlungsverhältnisse Rücksicht nehmen, unmöglich seien. Diese Neuerungen gehen dem wahren Probleme, wie es im tschechoslowakischen Staate der Lösung harret, ein wenig aus dem Wege, ebenso wie das Verlangen, die Minderheit, als welche er die Deutschen bezeichnet, müßte einsehen, daß der tschechoslowakische Staat endgültig konstituiert sei. Es wird dem Präsidenten nicht unbekannt sein, daß der Großteil der deutschen Bevölkerung des Staates die endgültige Konstituierung des tschechoslowakischen Staates längst als eine gegebene historische Tatsache hinnimmt. Jedenfalls bedeutet die Rede gegenüber der Botschaft Masaryks vom 22. Dezember 1918 in Ton und Inhalt einen wesentlichen Fortschritt, denn damals sprach er davon, daß sich die staatsrechtliche Stellung der Deutschen, welche ursprünglich als Emigranten und Kolonisten ins Land gekommen seien, dadurch bestimmt, daß die Tschechen ihren Staat errichtet haben und daß es schwer sei, zu vergessen, wie sich die Deutschen in Oesterreich verhalten haben. Diesmal anerkannte er, daß die Deutschen in den böhmischen Ländern ihre historische Entwicklung durchgemacht und in den Staat organisch einorganisiert wurden. Allerdings ist von dieser Rede bis etwa zu der Rede, die Masaryk im Jahre 1900 aus Anlaß der ersten Tagung der von ihm gegründeten realistischen Partei hielt, noch ein weiter Weg, denn da mals erklärte er, daß, wenn die böhmischen Länder ein selbständiges staatsrechtliches Ganzes einmal bilden sollten, könnte dies nur unter Zustimmung des deutschen Volkes geschehen, denn sonst wäre dieser Staat unmöglich. Er sagte auch in dieser Rede, daß die sachliche Grundlage des Vergleichs die Selbstverwaltung sein müsse und wie Havlíček sagt habe: „Ich mein Herr, Du mein Herr.“ Auch war er der Auffassung, daß in einer so

den Abgrenzung keine Verletzung der Einheit des Landes, sondern erst die Möglichkeit einer richtigen organischen gemeinsamen Tätigkeit liege. Diesmal liegt er die Klarheit darüber, wie der Vergleich zwischen den den Staat bildenden Nationen zu bewerkstelligen ist, vermissen. Auch findet er die vorherige Zustimmung des deutschen Volkes nicht für nötig, sondern er hält es, als Bürgerpflicht für einen Zustand, bei dem es „seine Reklamationen mehr geben werde“, vorher für unerlässlich, daß die Minderheiten den Staat anerkennen. Besteht also noch manche Ungleichheit zwischen den Reden Masaryks von einst und jetzt, so wird sein gegebenes Wort, daß er streng darauf sehen werde, daß Gerechtigkeit und Menschlichkeit zur Richtschnur alles Handelns der Behörden werde, doch in der deutschen Bevölkerung sicher wohltuend wirken.

Freilich wird auch der Besinnungs, der als eine unvermeidliche Folge des dreijährigen Treibens des tschechisch-nationalen Chauvinismus im Denken und Fühlen der deutschen Bevölkerung sich eingestellt hat, auch nach dieser Rede nicht weichen. Wenn man es nur mit Masaryk zu tun hätte, dann wäre wohl eine Verständigung leicht möglich, denn man weiß, daß Masaryk immer für gekränktes Recht eingetreten ist, obwohl er sich dadurch nicht selten zu den landläufigen Meinungen im tschechischen Volke in Gegensatz gestellt hat. Es ist aber leider wohl nicht anzunehmen, daß Masaryk mit seiner Rede die Meinung und den Willen des Großteils der tschechischen Parteien zum Ausdruck gebracht hat und man wird angesichts der Mentalität des tschechischen Volkes, auch bei aller Erfüllung der vom Präsidenten gestellten Voraussetzungen, starke Zweifel darin haben, daß die Gerechtigkeit vorhanden ist, Verhältnisse zu schaffen, welche alle „Reklamationen“ in Wegfall bringen.

Die Rede des Präsidenten ist erfreulich, weil sie in nationalstiftlicher Zeit ein Wort der Vernunft und Einsicht bedeutet, aber man weiß auch, daß die Gestaltung des Verhältnisses der Minoritäten zur tschechoslowakischen Republik nicht so sehr von seinem Willen abhängt, als daß man nun die Bahn zur Verständigung offen sehen würde. Es scheint vielmehr, daß die Erkenntnisse, denen der Präsident Ausdruck verlieh, damit sie sich bei den tschechischen Machtparteien durchsetzen, noch eines längeren Weges bedürfen und daß erst die harten Tatsachen sie von der Notwendigkeit überzeugen werden, der Gerechtigkeit und Menschlichkeit im Staate wirklich zum Durchbruch zu verhelfen.

Inland.

Nicht nur persönliche Worte, sondern ein Programm! In beachtenswerter Weise setzt sich die „Tribuna“ mit der Rede des Senators Zulger auseinander, die dieser anlässlich der grünen Woche in Leitmeritz gehalten hat. Das Blatt schreibt: „Wenn der Ausspruch des deutschen Senators die Gehirne so in Bewegung setzte wie die Sechsmaschinen, wäre es gut. Allein Gehirne sind ein weniger bewegliches Material und man kann demnach erwarten, daß der Lärm sich wieder beruhigt und alles so sein wird wie früher. Genau genommen verlangt die Kundgebung des Herrn Zulger eine Antwort von tschechischer Seite. Solche Dinge werden nicht in den Wind gesprochen. Allein es ist zu erwarten, daß die tschechische Antwort sich auf die Einreichung des genannten Senators in die Rubrik: Vernünftige Stimme beschränkt“. Des weitern setzt das Blatt auseinander, daß die Stimmen der deutschen Politiker nicht dazu da sind, um in ein Album eingereiht zu werden, sondern, um über sie Erwägungen anzustellen, und führt über das Verhältnis zwischen Demokratie und nationaler Frage in drastischer Weise aus: „Es ist sicher, daß nicht einmal die Demokratie gewisse Formen der Oberherrschafft ausschließt. Wir könnten beispielsweise, wie wir das schon einmal geschrieben, den Deutschen auf völlig demokratischem Wege befehlen, sich in Tierfelle zu kleiden. Es würde dies ganz nach demokratischen Grundsätzen geschehen: Auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes würde ein Parlament gewählt, welches mit Mehrheit gegen die Stimmen der Deutschen und Kommunisten beschließen würde, daß sich die Deutschen in Tierfelle zu kleiden hätten. Die wahrhaftige Demokratie schließt eben deswegen, weil in ihrem Mechanismus derartige trügerische Voraussetzungen verborgen sind, gewisse Angelegenheiten, welche nur eine bestimmte Gruppe von Staatsbürgern betreffen, aus dem Bereich des Prinzips der Mehrheit aus. Das Verlangen der Deutschen, ihre national-kulturellen Angelegenheiten, welche nur sie betreffen, mögen aus der Kompetenz der allmächtigen Gesetzgebenden Zentralkörperschaft ausgeschieden werden, liegt deswegen auf dem Wege der wahren Demokratie, welche stets ein System einer gewissen Zentralisation voraussetzt, mehr als

dies bei unserer formalen zentralistischen Demokratie der Fall ist. Wir wollen mit den Deutschen nicht als Nation im Ganzen, sagen wir ihnen, verhandeln, sie können sich ihr Recht als einzelne Staatsbürger erkaufen. Allein es ist sicher, daß sich jede Nation am besten ihre kulturellen Angelegenheiten verwalteten kann und nicht der Staat, der sich mit einigen Nationen abradert, in dessen Herzen aber nie genug Wärme für das nationale Leben, welches sich nicht bürokratisch verwalten läßt, vorhanden ist. Einerseits sagen wir den Deutschen, daß sie Staatsbürger sind, andererseits, daß der Staat uns gehört und daß wir ihn geschaffen haben, und verwickeln dadurch uns und sie in schwere Zerwürfnisse“. Aus all dem folgert das Blatt, daß man auf Zulgers Rede von tschechischer Seite mit einem genau detaillierten nationalen Programm antworten sollte. — Wir können uns den beachtenswerten Ausführungen des Blattes in ihrem Kern ohne weiteres anschließen. Die persönlichen Worte, die von Zeit zu Zeit von einzelnen Staatsstellen — wie jüngst vom Präsidenten der Republik — und auch von einigen Blättern gesprochen werden, haben nachgerade ihren Wert fast völlig eingebüßt. Notturno-Programme, in denen die Lösung der nationalen Frage versucht wird. Die deutsche Sozialdemokratie hat auf ihrem Tschischer Parteitag in Anlehnung an das Brünner Nationalitätenprogramm die Forderungen, die wir erleben, klar umschrieben, ein Gegenprogramm insbesonders von tschechischer sozialdemokratischer Seite wäre vielleicht ein weiterer Meilenstein auf dem Wege zum Ausgleich der Völker.

Die Begründung der Demission Hotowek.

Prag, 21. September. Das Außenhandelsamt meldet: „Der Handelsminister und Leiter des Außenhandelsamtes hat am 26. v. M. die Demission unterbreitet, da er seine Ansicht nicht geltend machen konnte, daß das von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz über die Zollserhöhung für Automobile und Motore der Nationalversammlung zurückerstattet werden soll. Die Einführung so hoher Prohibitivzölle widerspricht nach seiner Ansicht den Existenzbedürfnissen des tschechoslowakischen Staates und muß in seinen Konsequenzen seinen Außenhandel gefährden, denn jede Prohibitivmaßnahme ruft Retorsionen hervor, die nicht nur die an der Prohibitivmaßnahme interessierte Industrie treffen, sondern auch andere und zwar die größten Ausfuhrinteressen des Staates. Die dadurch verursachten Schäden sind für den Staat, der so eminent auf die Ausfuhr angewiesen ist, wie der tschechoslowakische Staat, unverhältnismäßig größer als der vermeintliche Gewinn aus der Zollserhöhung. Dr. Hotowek konnte daher nicht mit diesem Durchbruch der Grundsätze der Handelspolitik übereinstimmen, die er für unseren Staat als wirtschaftlich einzig möglich ansah.“

Die Regelung der Sprachenverhältnisse in der Schweiz.

Die tschechoslowakische Gewerkschaftskommission in Prag hat sich an den Sekretär der Schweizer Gewerkschaftszentrale, Genossen Dürr, gewendet, um seine Ansicht über die Regelung der Sprachenfrage in den Schweizer Gewerkschaften zu hören. Gen. Dürr antwortete folgendes: Bei uns in der Schweiz erscheint es fast unbegreiflich, daß auch eine Sprachenfrage existieren kann. Wir haben mit Verwunderung bemerkt, daß dieses Problem im alten Oesterreich auch die Arbeiterbewegung getrennt hat. In Prag forderte man deutsche, in Wien tschechische Schulen. Die Tschechen forderten nicht nur ihre eigene Partei, sondern auch eine eigene Organisation. Noch im Jahre 1917 forderten die Tschechen auf der Internationalen Konferenz ihre Anerkennung als Landeszentrale, die ihnen von Oesterreich verlag wurde. Jetzt haben sich die Verhältnisse geändert. Das alte Oesterreich ist zerfallen, aber von neuem ist die Sprachenfrage in den Nachfolgestaaten entstanden, besonders in der tschechoslowakischen Republik. Ich will gerne der Aufgabe nachkommen, ein kurzes Bild über die Regelung dieser Angelegenheiten in der Schweiz zu geben. Die Schweiz hat, wie bekannt, drei Hauptsprachen: die deutsche, welche ungefähr zwei Drittel der Einwohnerschaft sprechen, die französische, welche ein Drittel spricht, und die italienische im Tessino mit ungefähr 180.000 Angehörigen. Außerdem befindet sich noch in der südöstlichen Landesecke eine rätio-romanische Sprachinsel. In den östlichen Kantonen wird ausschließlich deutsch gesprochen, in Waadt und Genf ausschließlich französisch und Bern, Freiburg, Neuchâtel und Wallis sind gemischt. Trotz der zwei und drei Sprachen kennt die Schweiz keine Sprachenfrage. Die Unterschiede finden ihre Ausdruck in der Beeinflussung

der Einwohnerschaft durch die deutsche, französische und italienische Kultur, welche während des Krieges manchmal zu Unstimmigkeiten geführt, aber sonst sehr fruchtbar auf die Gesamtkultur eingewirkt hat. Wer den Behörden in einer dieser Sprachen seine Eingabe überreicht, hat Anspruch auf Antwort in dieser Sprache.

Im Parlament der gemischten Kantone sind die Sprachen gleichwertig, ebenso im Bundesparlament, wo jeder sprechen kann, „wie ihm der Schnabel gewachsen ist“, die Reden werden nirgends überfetzt. Es wird bei jedem Mitglied des Parlaments damit gerechnet, daß er wenigstens zwei Sprachen versteht. Wenn das nicht zutrifft, so muß sich der Betreffende diese durch einen sprachkundigen Kollegen überfetzen lassen. Verdolmetscht werden nur Urträge, das gedruckte Material wird jedem Mitglied des Parlamentes in seiner Sprache gegeben. Auch die Regierungsvertreter bringen ihre Ansichten in ihrer Muttersprache vor. Das Schulwesen ist ebenso geregelt. Im deutschen Sprachgebiete wird deutsch unterrichtet, im französischen französisch, im italienischen italienisch. In den höheren Schulen wird dann noch eine der beiden übrigen Sprachen gelehrt. Dagegen hat der französisch sprechende Bürger im deutschen Sprachgebiet kein Recht, französischen Unterricht zu verlangen, oder umgekehrt. Wer das verlangt, muß sich seine eigene Privatschule errichten und anemessen bezahlen. Dieses System bewährt sich sehr gut und keinem fällt es ein, in Zürich den öffentlichen Unterricht französisch oder in Genf deutsch zu verlangen. Wie es im öffentlichen Leben geht, so geht es auch im privaten.

Auch in den Gewerkschaftsorganisationen müssen wir mit drei Sprachen rechnen. Das verneuert zwar den Verwaltungsapparat, es läßt sich aber nicht ändern. Alle Verbände, welche ihren Wirkungsbereich in der ganzen Schweiz haben, haben ihre Statuten in drei Sprachen. Ebenso geben sie ihre Druckchriften in drei Sprachen heraus, wobei allerdings die italienische Sprache oft zu kurz kommt, weil die Anzahl der Mitglieder dieser Zunge die Kosten nicht deckt. Aber man begreift das und begnügt sich mit dem verwardten Französischen. Die Gewerkschaftstätter erscheinen teilweise in zwei Sprachen, ein Teil der Verbände hat aber seine eigenen französischen Gewerkschaftsblätter. Die Mehrzahl der Zentralverbände hat ihren Sitz im deutschen Sprachgebiet. Infolgedessen sind die Zentralverbände aus deutschen Schweizern zusammengesetzt, daraus entstehen aber keine Schwierigkeiten. Bei der Stellenbesetzung in den Kantonen wird Rücksicht darauf genommen, daß die Sprachgruppen vertreten sind, zuerst aber bemüht man sich, die Vertretung nach den Industriegruppen zu regeln. Wollen wir also die Sache im ganzen beurteilen, so können wir sagen, daß es in der Schweiz eine Sprachenfrage gibt. Alle Sprachgruppen leben freundschaftlich nebeneinander, jede weiß, daß ihre Ansprüche dann geschickt sind, wenn sie die Rechte der anderen respektiert. Die Sache ist allerdings ein bisschen teuer, aber eine andere Lösung ist nicht denkbar. Wir würden uns nichts schmeicheln wünschen, als wenn die Genossen in der Tschechoslowakei sich ein Beispiel an der Schweiz nähmen. Alle Nationalitäten würden dabei gut bestehen.“ — Das Blatt der Tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission, dem wir diesen Brief entnehmen, meint hierzu, daß die in der Schweiz geltenden Grundsätze auch für uns selbstverständlich seien, obwohl gewiß die Verhältnisse in der Tschechoslowakei bezüglich der Zusammensetzung der Einwohnerschaft ein wenig abweichend seien, besonders in den gemischten Gebieten.

Der Gölischer Parteitag.

Görlitz, 20. September. (Tsch. P. B.) Der sozialdemokratische Parteitag nahm einen Antrag betreffend die Bildung einer einheitlichen proletarischen Partei an. Alle weiteren Anträge, die sich auf die Vereinigung mit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei beziehen, sind damit erledigt. Angenommen wurde auch ein Antrag, der das Schreiben über parteitaktische Fragen in bürgerlichen Blättern verbietet. Der Antrag löbe auf Schaffung eines republikanischen Abzeichens wird angenommen. Abgelehnt wird mit großer Mehrheit ein Antrag, wonach zur Partei nicht gehören kann, wer Mitglied eines Krieger- oder Militärvereines ist. Darauf erlatete Abgeordneter Hoch den Bericht der Reichstagsfraktion.

Eine Rede des Belgiers de Bronquere.

Görlitz, 21. September. (Wolff.) Zu Beginn der heutigen Nachmittagsitzung des sozialdemokratischen Parteitages ergriff de Bronquere das Wort, um namens seiner belgischen Parteigenossen zu betonen, daß die Beziehungen zwischen den belgischen und deutschen Parteigenossen sehr eng seien. Als gegen einen Führer der deutschen Sozialisten bei sel-

ner Reise durch Belgien von nationalistischer Seite eine Kundgebung geplant worden sei, hätten 15.000 belgische Arbeiter durch Verlassen ihrer Werkstätten dagegen demonstriert. Auch für die belgischen Arbeiter sei eine einheitliche Arbeiterbewegung wichtig. Die deutschen Sozialisten seien die Verteidiger der Republik. Dies sichere den Frieden und fördere die internationale Versöhnung. Das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands ist auch für Belgien von Bedeutung. Unter lebhaftem Beifall betonte schließlich de Bronquere die internationale Solidarität.

Ungarn rüstet weiter.

Wien, 21. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Nach den Nachrichten, die aus dem Burgenlande kommen, werden die Banden immer mehr durch reguläres Militär verstärkt. Das reguläre Militär führt zahlreiche Offiziere und stellenweise auch Artillerie mit sich. Die Leitung der Banden befindet sich in Steinamanger. Weitere Nachrichten besagen, daß die militärischen Jahrgänge 1895 und 1897 durch einen eigenen Einberufungsbefehl zum Waffendienst herangezogen wurden.

Ein Ultimatum der Völschasterkonferenz.

London, 21. September. Reuter erfährt, daß die Völschasterkonferenz ein Ultimatum an Ungarn vorbereitet, worin Ungarn eine Frist von 10 bis 14 Tagen zur Räumung des Burgenlandes gesetzt wird. Sollte diese Frist nicht eingehalten werden, so sollen die härtesten Maßnahmen gegen Ungarn ergriffen werden. In britischen Kreisen wird eine wirtschaftliche Blockade als nicht genügend wirksam betrachtet, aber über die Entsendung von Truppen ist ein Entschluß bisher nicht gefaßt worden.

Eine Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten.

Budapest, 21. September. (M.A.B.) „Uj Remszel“ bringt eine Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen, der bezüglich Westungarns betonte, daß sich diese Frage in seinem schlechtesten Zustande befinde als früher. Die ungarische Regierung sei sich darüber klar gewesen, daß ihr Vorgehen im Auslande nicht dem entsprechenden Verständnis begegnen werde. Es sei möglich, daß in der nächsten Zukunft eine ernstliche Wendung eintreten werde. Man habe jedoch Grund zur Hoffnung, daß man gewisse Ergebnisse erzielen werde, hauptsächlich dann, wenn das Land Verständnis und Einheit befinde. Die ungarische Regierung wolle sich keinesfalls der Vollstreckung des Friedensvertrages enthalten, es bestehe jedoch die Möglichkeit, daß nach der Vollstreckung des Friedensvertrages gewisse Ergebnisse erzielt werden könnten. Die finanzielle Lage sei eine sehr ernste, da die an das Finanzprogramm geknüpften Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen seien. Dies bedente jedoch keine Katastrophe. Nach einem solchen Zusammenbruch können die Finanzen nicht in kurzer Zeit geordnet werden. Der Staat werde allerdings bemüht sein, übergangsweise wieder zur Notentpresse Zuflucht zu nehmen. Dieser Uebergang könne aber nur einige Monate dauern. Bezüglich der in der letzten Zeit ausgeübten Mißbräuche werde die Regierung mit vollster Strenge einschreiten, um den guten Ruf (!) und die Ehre (!) des Landes auch fernerhin makellos zu erhalten.

Diplomatische Offensive gegen Sowjetrußland.

Englische Beschwerden.

London, 20. September. Reuter verbreitet folgende Mitteilung: Seit Abschluß des englisch-russischen Handelsabkommens enthielt sich die britische Regierung loyal jeder feindseligen Haltung gegen die russische Regierung. Dagegen hat die Sowjetregierung die Unwahrhaftigkeit und Feindseligkeit gegen die britische Regierung in ganz Mittelafrika und Afghanistan verschärft. Die britische Regierung ist entschlossen, ein solches Vorgehen nicht zu dulden. Sie hat demgemäß eine in scharfen Worten abgefaßte Note nach Moskau gerichtet, in der sie die Aufmerksamkeit auf diesen schweren Bruch des Vertrauens lenkt und Aufklärung verlangt.

Die englische Presse sekundiert der Offensive Lord Burzons, erklärt den Handel mit den Bolschewiki für ein Phantom und diese selbst jedes Vertrauens und aller Unterhandlungen für unwürdig. Die „Times“ hoffen, daß damit das Irrtum der Regierung endgültig überwunden sei.

Polnische Verdächtigungen.

Warschau, 20. September. (Tsch. P. B.) Die Blätter melden, daß der Vertreter Sowjetrußlands Ignatiens mit drei Mitgliedern der Sowjetgesandtschaft Montagabend aus Warschau abgereist sind. Sie wurden zur Abreise genötigt, da sie in einer Spionageaffäre kompromittiert sein sollen.

Hlinka und Masaryk.

Mařach über die Autonomie der Slowakei.

Rosenberg, 21. September. (Tsch. P. B.) Unter begeisterten Ovationen traf der Präsident zu kurzem Aufenthalt hier ein und wurde zunächst vom Bürgermeister mit einer Ansprache begrüßt, für welche er dankte. Sodann hielt der Abgeordnete Andrej Hlinka an den Präsidenten eine Begrüßungsansprache, in welcher er ausführte: Ich begrüße Sie als ersten und größten Sohn der Slowakei und wir begrüßen Sie gleichzeitig als die Repräsentanten und Vertreter der Obersten katholischen Kirchengemeinde in dem Bewußtsein, in Ihnen nicht nur den Gründer des Staates, sondern auch den Beschützer und den Hort aller Vereins-, politischen, nationalen und kulturellen Rechte zu erblicken. Das Christentum und insbesondere der Katholizismus haben immer und überall Arbeit, Autonomie der Gesehe und Ehrlichkeit bedeutet. Das slowakische Volk findet in dieser Republik und in ihrem Rahmen die Erhaltung seines nationalen Charakters, seiner Individualität und seiner politischen und autonomen Rechte. In Ihnen, Herr Präsident, erblicken wir den obersten Hüter und Schützer der Gerechtigkeit, des Rechtes und der Gesehe.

Der Präsident erwiderte u. a.: Ich danke Ihnen für Ihre freundlichen Worte. Ich bin tief ergriffen und freue mich ob Ihrer Ansprache. Sie betonen das Recht und die Gleichberechtigung der Religion und aller übrigen gesellschaftlichen Komponenten. Darin schließe ich mich Ihnen vollkommen an. Seien Sie überzeugt, daß ich an den Grenzen meiner verfassungsmäßigen Rechte die Gleichberechtigung aller dieser Kräfte, die das Volk und der Staat notwendig haben, schützen werde. Es ist natürlich, daß Sie als Führer der Volkspartei das Wesen des Christentums und des Katholizismus hervorheben. Das Christentum bedeutet schon durch das Wort allein die Allgemeinheit, die sittliche Gemeinschaftlichkeit. Herr Abgeordneter, ich teile diesen Grundsatz mit Ihnen. Der große Kirchenlehrer, der hl. Augustin, hat uns eine goldene Regel gegeben: „In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas.“ Einheit darin, was notwendig und fest ist. Uns sind also der Staat und die auf Gerechtigkeit begründeten Staatseinrichtungen politisch notwendig. Darin muß die Gesamtbevölkerung dieses Staates, vor allem aber wir Slowaken und Tschechen, vereinigt sein. Freiheit haben wir darin, worüber die Meinungen auseinandergehen, über die Wege und Mittel. In jeder politischen Partei ist nicht nur die Kritik, sondern auch die Opposition frei, selbstverständlich die Opposition gegenüber der Regierung, nicht gegen den Staat und seine Grundlagen — und schließlich die Liebe in allen unseren Handlungen. Es freut mich, daß Sie das staatschöpferische Moment Ihres Programms und Ihrer Partei hervorheben. In jedem Staate sind Zentralismus und Autonomismus zwei Hauptkräfte, aber es wäre ein Fehler, wenn der Zentralismus den Autonomismus überwiegen würde. Die staatliche Autonomie beruht darin, daß die Autonomisierung der ganzen Gesellschaftsordnung und des Lebens ständig mehr fortschreitet. Unsere Verfassung für die Slowakei und für den ganzen Staat hat die Grundlage der Autonomie in der Gesehe niedergelegt und verfassungsmäßig bereits gesichert. Dadurch wird die Autonomie auf die weitesten Schichten erstreckt. Die Aufgabe der neuen Regierung wird es sein, diese Autonomisierung ehestens durchzuführen. Kulturelle Arbeit im weitesten Umfange ist notwendig und soweit es sich um die Politik handelt, eine tatsächlich kulturelle Politik. Dann wird unser slowakisches Volk seine Individualität und Eigenart befestigen und vervollkommen. Gebe es Ihnen Gott!

Abg. Hlinka bestieg ebenfalls den Zug und schloß sich dem Gefolge des Präsidenten an.

Die deutsche Reaktion.

Graf Lerchensfeld, der Nachfolger Kahr's.

München, 21. September. Wie die Korrespondenz Hoffmann erzählt, dürfte die Nominierung des Grafen von Lerchensfeld, zur Zeit deutscher Gesandter in Darmstadt, zum Ministerpräsidenten durch die bayerische Volkspartei erfolgen. Graf Lerchensfeld hat bereits zugesagt, sich für das Amt zur Verfügung zu stellen. Er war heute nachmittags in der Sitzung der Fraktion der bayerischen Volkspartei erschienen und hielt dort eine kurze Programmrede. Er bekennt sich zu einer

guten bayerischen Politik im Rahmen unentwegter Reichstreue und Vertretung der christlichen Grundzüge. Die Wahl zum Ministerpräsidenten wird in der Plenarsitzung um 5 Uhr nachmittags erfolgen.

In letzter Stunde wird gemeldet: München, 21. September. (Woff.) In der Plenarsitzung des Landtages fand heute die Wahl des neuen bayerischen Ministerpräsidenten statt. Die geheime Abstimmung ergab folgendes Resultat: Graf Lerchensfeld 86 Stimmen. Die bayerische Mittelpartei hatte mit 20 Stimmen für den bisherigen Ministerpräsidenten Kahr votiert. Die sozialistischen Parteien gaben 39 weiße Stimmzettel ab. Der Präsident stellte fest, daß Graf Lerchensfeld zum Ministerpräsidenten gewählt sei, der erklärte, daß er die Wahl annehme.

Die bayerische Volkspartei bricht mit den Deutschnationalen.

Berlin, 21. September. Wie die Blätter aus München melden, hat die bayerische Volkspartei den Abg. Dr. Zahnbrecher, den Führer der Organisation gegen die Politik des Parteivorstehenden Heide und unentwegten Anhänger Kahr's, wegen großen Vertrauensbruchs aus der Partei ausgeschlossen. Zahnbrecher hatte gestern früh in den deutschnationalen Münchner Zeitungen scharfe Angriffe gegen die Parteileitung gerichtet, Neuwahlen verlangt und die Rückberufung Kahr's gefordert.

Der Aufruhr in Marokko.

Mißerfolge der Spanier.

Paris, 21. September. (Tsch. P. B.) Der „Matin“ bringt einen amtlichen Bericht aus Melilla, wonach zwei starke spanische Abteilungen, die am 16. d. Melilla verlassen haben, um die Insurgenten nördlich und südlich von Gurugu zu vertreiben, nicht an ihr Ziel gekommen sind. Sie mußten mit schweren Verlusten wieder nach Melilla zurückkehren. Das Artilleriefeuer der Rifflente ist intensiver geworden. Melilla wird mit Granaten bombardiert, die in das Zentrum der Stadt fallen und unter der Bevölkerung Opfer fordern.

Die Völkerbundstagung.

Die Abrüstungskomödie.

Genf, 21. September. (Tsch. P. B.) Die dritte Kommission (Abrüstung und Blockade) begann heute die Debatte über den Bericht der vorläufig gemischten Kommission für Rüstungsbeschränkungen. Lord Robert Cecil verlangte eine umfassende Propaganda gegen den Rüstungswahnsinn. Im übrigen äußerten sich die Kommissionsmitglieder sehr skeptisch über das System der Umfragen bei den Regierungen. Nach der Ansicht Fishers (England) würden die Regierungen dem Völkerbunde niemals Mitteilungen über ihre Rüstungen machen, da sie diese ihren eigenen Völkern verheimlichen.

Das englische Programm für die Abrüstungskonferenz.

London, 21. September. Reuter meldet aus Washington, daß der Programmentwurf der Regierung für die Abrüstungskonferenz den Teilnehmern der Konferenz übermittelt wurde. Ten in Frage kommenden Mächten wurde mitgeteilt, daß das Programm im wesentlichen nur Anregungen enthält und daß es Änderungs- und Zusatzanträge unterworfen ist. Das Programm enthält folgende Punkte: 1. Beschränkungen der Rüstungen zur See und Ausführungsbestimmungen, 2. Kontrollbestimmungen für neue Regeln der Kriegführung, 3. Beschränkung der Rüstungen zu Lande, 4. Fragen betreffend China, 5. Fragen betreffend Sibirien und gleichartige, China betreffende Fragen, 6. die Mandate über die Inseln. — Reuter erzählt, daß das Programm in gutunterrichteten britischen Kreisen nicht als irgendwie bemerkenswerte Förderung der in Frage kommenden Punkte betrachtet wird, da die der Erörterung unterliegenden Fragen insgesamt zu unbestimmt gefaßt seien. Es mache sich in gewissen Kreisen starker Widerspruch gegen die Erörterung der Landrüstungen geltend und es sei zweifelhaft, ob dieser Punkt zur Erörterung kommen wird.

Der Streit um Kleinasien.

Ein Siegesbericht Kemal's.

Konstantinopel, 20. September. (Tsch. P. B.) Mustafa Kemal erließ einen Aufruf an die Nationen, in dem er erklärte, daß die griechische Armee, die Angora habe besetzen wollen, geschlagen und über den Salaria zurückgeworfen worden sei. Die türkische Armee setze die Verfolgung fort. Der einzige Wunsch sei, das Dasein der Türkei zu sichern und die Unabhängigkeit durchzusetzen.

Vor dem Ende des österreichischen Eisenbahnerstreiks.

Auf der Süd-, Ost- und Westbahn sind gegen den Willen der Vertrauensleute wilde Streiks ausgebrochen. Die Streikenden bemühen sich,

auch die Angestellten der Franz-Josefs- und der Nordwestbahn hineinzuziehen. Grund: Die Verkehrsangestellten forderten für jeden Bediensteten eine Zulage von 4500 K. Die übrigen Bedienstetenorganisationen wollten eine einmalige Zulage in der Höhe des halben Monatsgehältes. Die Regierung benutzte die abweichenden Wünsche der beiden Gruppen, um die Verhandlungen hinauszuziehen. Endlich einigten sich Montags alle Angestellten auf die feste Summe von 4500 K., die Regierung war dem Nachgeben nahe. Sie fand es bloß für gut, statt der nunmehr von allen Angestellten geforderten 4500 K. die halben Gehälte zu bewilligen. Das brach dem Haß den Boden aus. Die Eisenbahner, deren niedrigste Kategorien bei dieser Lösung zu kurz kamen, traten Dienstag in den Streik. Für die Herren Schöber und Grimm Anlaß genug, ihr Zurückweichen vor den Angestellten solange hinauszuschieben, bis die Streikenden die „Autorität“ der Regierung anerkennen und zur Arbeit zurückkehren. So haben die Eisenbahner, indem sie den Rat der Vertrauensleute mißachteten, den nahen Erfolg ihrer Sache unnötig hinausgeschoben, der Regierung zu einer billigen Herrenpose verholfen und die Stöckkraft der Organisation geschwächt. Verzweiflung ist im Lohnkampf der übelste Berater. Ein lächerlicher Kopf und feiner Zusammenhalt erzielen jederzeit mehr.

Wien, 21. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Streik der Eisenbahner dürfte morgen zu Ende gehen. Heute vormittags zog ein Teil der streikenden Südbahner und Ostbahner von einem Bahnhof zum anderen und es gelang ihnen, auf sämtlichen Bahnhöfen (mit Ausnahme der Sprangbahn) den Anschluß an den Streik durchzusetzen. Vom Franz-Josefsbahnhof zogen sie dann zum Parlament und wählten eine Abordnung, die sich unter Führung der Abgeordneten Tomaskit und Frik Adler zum Bundeskanzler begab. Der Wahl der Abordnung gingen stürmische Szenen voraus, da unter den Streikenden sich auch Kommunisten befanden, die verlangten, daß die Forderungen abgeändert werden und daß man nicht, wie der Beschluß lautete, 4500 K., sondern außerdem noch 50 Prozent des Gehältes verlangen solle. In die Abordnung wurden zwar keine Kommunisten gewählt, sie erhielt aber das gebundene Mandat, diese Forderungen vorzubringen. Der Bundeskanzler erklärte, er könne sich auf eine Abänderung nicht einlassen, daß aber, wenn die Arbeit aufgenommen würde, sofort die 4500 K. ausbezahlt werden würden. Die Abordnung nahm diese Mitteilungen zur Kenntnis und teilte sie den draußen wartenden Streikenden mit. Es kam wiederum zu stürmischen Szenen. Die Kommunisten bedrohten Tomaskit. Schließlich aber zerstreute sich die Menge.

Die Vertrauensmänner der Südbahner beschlossen heute abends, ohne den Beschluß des Zentralausschusses der Organisation abzuwarten, der abends um 9 Uhr zusammengetreten ist, den Betrieb morgen wieder aufzunehmen. Vorher findet jedoch noch eine Betriebsversammlung statt. Eine Betriebsversammlung der Ostbahner, die noch heute um 7 Uhr abends zusammentrat, beschloß ebenfalls einstimmig, morgen den Betrieb wieder aufzunehmen. Es sind heute bereits drei Züge abgelaufen worden. Die Vertrauensmänner der Franz-Josefs-Bahn und die der Westbahn haben beschlossen, auf den Beschluß des Zentralausschusses zu warten und sich nach diesem zu richten.

Vor der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

London, 20. September. Reuter meldet: Dem Vernehmen nach schreiten die die Sanktionen und die Auslegung der im August getroffenen Entscheidung des Obersten Rates betreffenden Verhandlungen zwischen der britischen und der französischen Regierung und zwischen den Alliierten und Deutschland befriedigend fort.

Das Todesurteil an Baron Ungern-Sternberg vollzogen.

Berlin, 21. September. Die Abendblätter berichten aus Moskau vom 21. ds.: Die Sowjetregierung gibt bekannt: In Nowo-Nikolajewsk hat eine öffentliche Gerichtsverhandlung gegen den weißgardistischen Führer Baron Ungern-Sternberg stattgefunden. Tausende Arbeiter und Soldaten der Roten Armee wohnten der Gerichtsverhandlung bei. Baron Ungern wurde zum Tode verurteilt. Das Urteil ist vollzogen worden. Die Anklage wurde gegen ihn erhoben wegen Unterstützung der räuberischen Pläne Japans gegen die Sowjetregierung, 2. wegen Vorbereitungen zum Sturze der Sowjetmacht und zur Errichtung der Monarchie in Sibirien unter Michael Romanow, 3. wegen des Massenmordes an russischen Bauern und Soldaten in Sibirien und wegen der Ermordung chinesischer Revolutionäre.

Tages-Merkmale.

Was konsens Kommunisten alles passieren kann. Hand da am Montag in Asch eine Volksversammlung statt, auf deren Tagesordnung „Kommunismus und Sozialdemokratie“ stand und die mit ihren Anhängern zu füllen, die Kommunisten alles aufgebieten hatten. Sie hatten dort die überwiegende Mehrheit, sie stellten das Präsidium, sie beschnitten dem Genossen Hillebrand die Redezeit, sie brachten selbstverständlich ihre Revolution zur Annahme — und hielten sich trotzdem in der Hise des Redegebietes, in denen die ganze Ascher Garnitur antreten mußte, eine gründliche Blamage. — Einer der streitbaren Konsens hegte gegen die Zahlung von Parteibeiträgen. Wo, vielleicht gelang es den Kommunisten wirklich, ihre Organisation mit Luft und Phrasen aufzubauen. Wer daran zweifeln sollte, weiß auch, daß sich solche Ideen ja nur gegen die sozialdemokratischen Parteibeiträge und gegen die Gehalte sozialdemokratischer Vertrauensmänner richten, die ja samt und sonders korrupt sind. Ein zweiter kommunistischer Redner hielt auch nicht hinterm Berge und behauptete, in der Sozialdemokratie seien eine Menge Leute, die wegen unglücklicher Geldgeschichten ins Kriminal gehören. Sofort aufgefordert, Namen zu nennen, geriet er natürlich in Verlegenheit und blieb die Antwort schuldig. Vorläufig wissen die von Asch also doch noch nicht, wer von uns denen von Chodau Gesellschaft im Kriminal leisten soll. Die Affäre Chodau bereitete ihnen in der Versammlung natürlich auch Unannehmlichkeiten. Sie wußten nicht aus und nicht ein, als festgestellt wurde, daß jener Spicka, der die Teilnahme von Kommunisten an dem Chodauer Mord angezeigt hatte und der noch ihrer Darstellung schon im Juni als „Spizel entlarvt“ wurde, noch im August in Asch kurze Zeit als Parteisekretär tätig war. Kurzum — Blamage häuften sich auf Blamage. Man kann sich ungefähr vorstellen, wie folgende Gegenüberstellung auf die Versammlung gewirkt haben mag: Kommunist Bilek behauptete, die Sozialisierung sei im kapitalistischen Staate unmöglich — und Genosse Hillebrand stellte gleich darauf fest, daß die tschechischen Kommunisten im Prager Parlament Sozialisierungsanträge gestellt haben. — Wie lange wohl werden bei solcher Konfusion die Kommunisten ihre Hochburg Asch noch halten können? Es wäre gut, wenn sie sich ein wenig an ihre Entwidlung in Joachimstal erinnerten. Dort stimmten im Dezember 1920 in einer Massenversammlung unter Trijubschs Leitung nur 10 Personen, für die Sozialdemokratie — heute zählt die Sozialdemokratie in dieser ehemals fast ganz kommunistischen Stadt bereits über 600 Parteimitglieder. Wenn wir richtig orientiert sind, dürfte es von Joachimstal nach Asch nicht allzu weit sein!

Wie das Briefgeheimnis in der Republik gewahrt wird. Die Geschäftsstelle des Bundes des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper hatte aus Konzeptpapier eine Briefhülle angefertigt, gut verlobt und zur größeren Sicherheit auf der ganzen Adressseite mit einem weißen Blatt Papier überklebt. Auf diesem weißen Papier war die Adresse mit Maschinenschrift angebracht worden. Während der Postbeförderung wurde nun dieses weiße Papier losgerissen und der verklebte Briefumschlag neuerlich mit der Adresse von fremder Hand versehen. Es handelt sich also um eine unverkündete und unverhüllte Verletzung des Briefgeheimnisses, wie sie übrigens der genannten Geschäftsstelle bereits mehrmals widerfahren ist. Die bisherigen Beschwerden hatten keinen Erfolg. Vielleicht nimmt das Postministerium doch wenigstens jetzt Anlaß, dieser durchaus nicht zufälligen Wiederholung von Verletzungen des Briefgeheimnisses sein Augenmerk zu schenken.

Die staatliche deutsche Bibliothekschule in Auffig wird mit Wirksamkeit vom 1. Oktober 1921 errichtet werden. Die Veröffentlichung der provisorischen Statuten dieser Schule wird in einer der nächsten Nummern der Mitteilungen des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur erfolgen. Die deutsche Bibliothekarschule in Auffig ist bestimmt zur Ausbildung von Buchwarten im Hauptamt für Städte von mehr als 10.000 Einwohnern. Aufnahmebedingungen: Ablegung der Reiseprüfung einer Mittelschule oder erworbene Erfahrungen im Buchereifach. Aufnahmestudien sind an die Volksbücherei in Auffig zu richten.

Eine ukrainische Privatuniversität in Lemberg. Die Blätter melden, daß in den nächsten Tagen in Lemberg die ukrainische Privatuniversität eröffnet werden wird. Bis jetzt haben sich 3000 Hörer gemeldet. Die Vorlesungen werden im Saale des ukrainischen Nationalhauses stattfinden. Die Universität wird mit der amerikanischen Aufsicht auf welche amerikanische Ukrainer bisher 600.000 Dollars geschenkt haben, erhalten werden. — Diese Meldung zeigt, wie es um das Recht der ukrainischen Minderheit in Polen bestellt ist. Diese Minderheit ist so stark,

daß sich im ersten Anstrich schon 3000 Hörer zum Hochschulstudium melden. Trotzdem hält es die polnische Regierung für überflüssig, den Ukrainern eine Universität zu geben. Den wohlthätigen Spenden amerikanischer Landeskinder verdanken es die Ukrainer Polens, wenn ihre Söhne und Töchter Hochschulstudium genießen können.

Keine Sperrung der Wiener Börse. Aus Wien wird gemeldet: Mittwoch hat eine Plenarsitzung der Börsekommission stattgefunden, in welcher die gestrigen Demonstrationen zur Sprache gelangten. In der Sitzung ist erklärt worden, daß zu einer Sperrung der Börse kein Anlaß vorliegt, zumal die verantwortlichen Kreise erwarten, daß die Ruhe und Ordnung keine Störung erfahren werden.

„Die ultramontane Politik der Gegenwart“. Ueber diesen Gegenstand hält Samstag, den 24. September, um 8 Uhr abends im großen Saale der Urania, Prag-2., Smetischlagasse 22, Abgeordneter Genosse Karl Leutner-Wien als Gast der deutschen sozialdemokratischen Bezirksorganisation Prag einen öffentlichen Vortrag.

Schlafwagen dritter Klasse beabsichtigt, dem Beispiele der nordischen Länder folgend, die Reichsbahnverwaltung Deutschlands auf vielbefahrenen deutschen Bahnstrecken möglicherweise schon zum Fahrplanwechsel am 24. Oktober verschaffen zu stellen. Dieser neue Schlafwagen, von dem zurzeit zehn Stück im Bau sind, wird in zwölf sogenannten Halbabteilen 36 Schlafplätze enthalten. Die Schlafplätze, drei übereinander angeordnete Liegestühle, werden mit Liegepostern und Kissen ausgerüstet, während die Reisenden für Decken und Bettwäsche sorgen müssen.

Vom Schlafstich der Arbeit. Gestern um 1/11 Uhr vormittags fiel der Dachdeckerlehrling Ladislav Hlusička aus Libenitz vom Dache des Hauses Nr. 56 in der Palachstraße in Sokolowitz, wo er Reparaturen ausführte, und verletzte sich tödlich. In hoffnungslosem Zustande wurde er ins Allgemeine Krankenhaus geschafft, wo er starb. — In der Ringhofferischen Fabrik in Smichow wurde gestern um 1/9 Uhr vormittags von der elektrischen Verschiebestelle in die Montierwerkstätte ein Waggon abgelassen. Zur selben Zeit ging der 55jährige Schlosser Josef Albrecht aus Smichow über das Geleise und geriet zwischen die Räder, welche ihm den Brustkorb zerdrückten. Er wurde tödlich verwundet, ins Allgemeine Krankenhaus geschafft, wo er bald seinen Verletzungen erlag. — Auf dem Wilsonbahnhofs lud gestern um 1/1 Uhr nachmittags der Geschäftsbdiener Josef Topie aus Prag neunzehn Säcke mit Holzschulen im Gewicht von sieben Meterzentern auf einen zweirädrigen Handwagen. Als er ihn in die Höhe heben wollte, rutschten die Säcke herab, überschütteten ihn und verletzten ihn sehr schwer. In bewußtlosen Zustande wurde er ins Allgemeine Krankenhaus gebracht.

Schwer verletzt wurde gestern gegen 2 Uhr nachmittags die 64jährige Metallarbeitersgattin Marie Prochazka aus Lieben, die von einem Wagen der Elektrischen Nr. 14, den sie infolge ihrer Schwerhörigkeit nicht kommen hörte, in der Ruznerstraße in Lieben niedergeworfen wurde. Sie erlitt sehr schwere Verletzungen am Kopfe und wurde von der Rettungstation ins Allgemeine Krankenhaus überführt.

Arbeitsentstellung. Gestern früh stellten fünfzig beim Neubau des Sportplatzes des Trabrennklubs (Kufach Klub) am Belvedere beschäftigte Arbeiter die Arbeit ein. Die Streikenden verlangten eine Lohnerhöhung von sieben auf zehn Kronen für die Stunde.

Wasserstandsbericht. Ebnfurth — 2, Budweis — 36, Tabor + 8, Moldautein — 1, Wisel + 16, Kamyl + 9, Stechowitz — 36, Portisch a. Sa. — 24, Verann — 42, Modran — 78, Prag + 20, Karolinental + 16, Pardubitz — 92, Brandeis — 51, Melnik + 25, Lann — 71, Leitmeritz + 53, Aussig — 58, Teischn — 73. — Voraussage für den 22. d. M.: Aussig — 68, Teischn — 75 Zentimeter.

Kleine Chronik.

Blutiger Zusammenstoß mit Faschisten in Bogen. Innsbruck, 21. September. Der Innsbrucker „Tiroler“ meldet: In Bogen kam es letzten Samstag gelegentlich der Eskorte von Faschisten, die eine Bauernfrau zur Herabsetzung der behördlich festgesetzten Brotpreise zwingen wollten, zu einem blutigen Zusammenstoß. Einem der Faschisten wurde von der Menge ein Stoß entrisen, worauf er einem Waghmann mit einem Peitschenstiel einen Hieb über den Kopf versetzte. Ein zweiter Faschist machte von der Seitenwaffe Gebrauch und verwundete den Faschisten durch einen Hieb über den Kopf. In dem darauf entstandenen Tumult mißhandelte die Menge die Faschisten, die dann die Flucht ergriffen. Der Trientiner Generalkommissar ordnete die Einstellung der Tätigkeit der Polizei auf drei Tage an. Arabinieri versehen den Sicherheitsdienst, während im Rathaus Militär untergebracht wurde.

Statt Brötchen — Heilungeln für Arbeitslose. Der „Matin“ meldet vielfach aus New-York unter dem 21. September: Die Polizei weigerte sich gestern, einem bekannten Philanthropen die Erlaubnis zur Verteilung von Brötchen an 5000 Arbeitslose, die sich auf der Broadway angammelt hatten, zu geben. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen zwei Personen getötet und mehrere schwer verletzt wurden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Unerhörtes Vorgehen gegen den Obmann eines Betriebsrates. Der „Glückauf“, Fachblatt der Berg- und Hüttenarbeiter, berichtet über einen unerhörten Vorfall, der sich am Anny-Cleonorschacht in Radonitz zugegetragen hat. Der Teplitzer Advokat Dr. Stradal, Rechtskonsulat des Vereines für bergbauartige Interessen, hat im April d. J. an die Bergverwaltung der Radonitzer Kohlenengesellschaft einen Brief geschrieben, worin er mitteilte, daß die vom Schlichtungsgericht festgesetzten Löhne nicht mehr maßgebend sind und daß jene Arbeiter, welche zu herabgesetzten Löhnen nicht arbeiten wollen, auszutreten haben. Diese Äußerungen des neugeborenen Unternehmensanwalts wurden vom Schlichtungsgericht in Brüx nicht anerkannt. Der Brief lag in der Betriebskanzlei des Anny-Cleonorschachtes in Radonitz, wo der Betriebsobmann Mohnert Richard durch eine andere Person aufmerksam gemacht wurde. Mohnert hat nun in richtiger Erkennung der Tatsache, daß dieser Stradalbrief für die gesamten Bergarbeiter von Bedeutung sei, eine Abschrift von diesem Briefe angefertigt und sie der Bergarbeiterunion zur Verfügung gestellt. Die Radonitzer Bergbaugesellschaft hat nun wegen der Veröffentlichung dieses Briefes im „Glückauf“ den Betriebsratsobmann Mohnert kurzerhand entlassen. Sie mußte ihn später über Beschluß des Bergauschiedsgerichtes wieder einstellen, weil sie ihn ohne Zustimmung des Bergauschiedsgerichtes entlassen hatte und überdies auch vollen Schadenersatz leistete. Der Brief lief aber nun die Gesellschaft trotzdem nicht zur Ruhe kommen, sie reichte neuerdings beim Bergauschiedsgericht in Brüx um die Zustimmung ein, daß sie den Betriebsratsobmann für die Zukunft vierzehntägig kündigen könne. Diese Zustimmung hat nun das Bergauschiedsgericht in Brüx am 5. September 1921 gegeben. — Die drei Bergarbeiterverbände werden sich in den nächsten Tagen mit der durch diese Entscheidung geschaffenen neuen Situation im Betriebsratsverhältnis beschäftigen.

Unser auswärtiger Handel 1919 und 1920. Soeben erschien eine in tschechischer Sprache verfaßte Schrift von Dr. Josef Wraz über den auswärtigen Handel der tschechoslowakischen Republik in den Jahren 1919 und 1920. Danach betrug die Einfuhr im Jahre 1919 6.507.307.000 K, die Ausfuhr 5.687.569.000 K, die Ausfuhr war daher um 819.738.000 K geringer als die Einfuhr. Im Jahre 1920 betrug die Einfuhr 16.383.532.000 K und die Ausfuhr 16.189.865.000 K, sodaß die Ausfuhr in diesem Jahre um 193.667.000 K geringer war. Die tschechoslowakische Handelsbilanz ist also für die beiden vergangenen Jahre passiv, obwohl das Passivum im Jahre 1920 geringer war als im Jahre 1919. Ob die Wirtschaftskrise im Jahre 1921 das Passivum nicht wieder herabdrücken wird, bleibt abzuwarten.

Konferenz der Kohlarbeiter des Osttrauer Reviers. Vorgesitert fand in Schefisch-Osttrauer eine Konferenz der Kohlarbeiter statt, in der folgende Forderungen erhoben wurden: Aufhebung der Ausfuhrprämien auf Koks und Kohle, ebenso Aufhebung der Kohlensteuer, Ermäßigung der Bahntarife, Entlassungen nur mit Zustimmung der Betriebsräte, falls Arbeiter entlassen werden, sollen dies in erster Linie Ausländer und Ledige sein, auf alle übrigen Arbeiter muß die Arbeit so verteilt werden, daß sie die gleiche Zeit arbeiten können. Den beurlaubten Arbeitern sollen alle Rechte in den Bruderladen gewahrt bleiben, die Lebensmittelpulgen sollen ihnen weiter gewährt werden.

Eine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft zur Radiumwertverwertung. Laut einer Mitteilung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten hat der tschechoslowakische Staat mit der Londoner Gesellschaft „Imperial and Foreign Corporation“ einen Vertrag abgeschlossen, wonach die tschechoslowakische Republik und die genannte englische Gesellschaft für die Dauer von 15 Jahren gemeinsam unter der Firma „Tschechoslowakische Gesellschaft für die Wertverwertung des Radiums“ eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung bilden, an welche jeder Gesellschafter mit 50 Prozent beteiligt ist, und die die beste geschäftliche Wertverwertung des Radiums zum Ziele hat. Das aus den Staatsbergwerken gewonnene Radium wird der genannten Gesellschaft zur Ausnützung bloß leihweise überlassen. Es bleibt jedoch Eigentum des Staates und muß ihm bei Auflösung der Gesellschaft rückerstattet werden. Der Vertrag bezieht sich nicht auf die Radiumgewinnung in den Bergwerken, die der Staat auch weiterhin in eigener Regie führen wird.

Vor einem Kampfe der Sägewerksarbeiter. Wie tschechische Blätter melden, hat der Verband der Sägewerksbesitzer den Kollektivvertrag, der sich auf alle Sägen in Böhmen, Mähren und Schlesien bezieht, gekündigt. Der Vertrag erlischt daher am 28. d. M. Die Sägewerksbesitzer haben am 18. September ihre Arbeiter 14tätig gekündigt und ihnen eine neue Betriebsordnung zur Unterschrift vorgelegt. Die Unternehmer haben die Absicht, jene Arbeiter, die sich weigern, den Vertrag zu unterfertigen, zu entlassen. Dieses Vorgehen ist ein unerhörter Angriff auf die Rechte der Arbeiterschaft und es ist nicht ausgeschlossen, daß es bei einer solchen Angriffsstimmung der Unternehmer zum offenen Kampfe kommt.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 2679, 100 Mark 78 1/2, 100 schweiz. Franken 1464, 100 Lire 856, 100 franz. Franken 599 1/2, 1 Pf. Sterling 316 1/2, 1 Dollar 85 1/2, 100 belg. Franken 596 1/2, 100 Pesos 1101 1/2, 100 Dinar 153 1/2, 100 Lei 80 1/2, 100 öst. Kronen 545, 100 poln. Mark 190, 100 ung. Kronen 13.15 tsch. Kronen.

Ans der Partei.

Die Bezirkskonferenz Troppan am 18. September beschloß, Bezirksparteischulen in Bennisch, Sulitschin und Troppan abzuhalten und einen Bezirksbildungsausschuß zu konstituieren. Bei den Neuwahlen ging Genosse Tiz wieder als Bezirksvertrauensmann hervor.

Die Bezirkskonferenz Sternberg am 18. September beschloß unter anderem, vom 17. bis 23. Oktober eine Werbewoche für die „Volkswacht“ zu veranstalten. Bei den Neuwahlen wurde Genosse Mader-Sternberg neuerlich zum Bezirksvertrauensmann bestellt. Als Delegierte zum Parteitag wurden bestimmt: Weiß-Sternberg, Bausch-Bärn und Genossin Polzer-Römerstadt.

Kunst und Wissen.

Uraufführung „Die Schauspieler“. In der Samstag stattfindenden Uraufführung „Die Schauspieler“ von Wilhelm Schmidbann, zu der der Dichter seine persönliche Anwesenheit in Aussicht gestellt hat, sind neben Leopold Kramer, der die tragende männliche Hauptrolle des Herrn zu Pferde spielen wird, die Damen Kulich, Dierls, Fischer, Medelsky und die Herren Bauer, Groß, Heim, Reinhardt beschäftigt.

Neues Theater. Heute Donnerstag die neuinszenierte Vorhänge-Oper „Tar und Zimmernan“. Morgen Freitag Beethoven's „Fidelio“. Die Vorstellung dirigiert Operndirektor Alexander Zemlinsky, der dasselbe Werk vor zehn Jahren anlässlich seines Eintrittes in den Verband des Deutschen Landestheaters geleitet hat. Samstag nachts 10 Uhr Nachtvorstellung des amüsanten neuen Operettenschwanks „Die Scheidungsreise“ (Wer wird denn weinen, wenn man auseinander geht). Sonntag Nachmittag die Reuigenzerung von Hauptmanns „Weber“. Abends neustudiert „Djamilch“ von Bizet (Dirigent Dr. Jalowetz) und „Lucia von Lamermoor“ von Donizetti (Dirigent Paul Bella). Die Beschäftigten in „Djamilch“ sind folgende: Titelfrolle — Joff, ferner die Herren Macha und Lober. In „Lucia“ wirken mit: die Damen Gerhart (Titelfrolle), Gerth, sowie die Herren Altglah, Ariener, Ludwif, Macha.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cernak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mit Parteilegitimation 5% Rabatt!
„EPOCHA“
Ungeziefer-Isolierapparat.
Nach ärztlichem Gutachten die einzige hygienische Möglichkeit, von der Wanzenplage wirklich befreit zu werden. Retten Sie Ihr Haus, Wohnung, Möbel und Wäsche, aber vor allem Ihre nächtliche Ruhe.
80
Filiale der Firma Waltera. Gegründet 1857.
„Epocha“ chem. Präparate und Apparate
Prag I., Jakubská 4.
Telephon 3458b.
Berufen Sie sich auf Abt. „Apparate“.

Sämtliche
Druckaufträge
übernimmt 98
Lidová knihtiskárna A. Němca a spol.
„Pravo Lidu“
PRAG II, Hybernská 7. :: Tel. 4999.

Kaufleute, Achtung!
Kommiss-Halbstiefel, Original K 220
„ Bagantschen, Original 175
„ „ Prima 130
„ „ Spalt 100
Hemd, Original 30
„ „ Prima 38
„ Unterhose, Original 24
„ „ Prima 29
WARENHAUS EMIL GRIMM, OLMÜTZ 10.

Christbaumschmuck
Reichhaltiges Sortiment schöner Neuheiten versendet von K 250 aufwärts an Wiederverkäufer
Wilhelm Oplatka,
PRAG I., Mikuláská 7.
Bijouterie, Celluloid- und Glaswaren-Fabrik.

Kautschuk-Stampiglien
erzeugt schnell, gut und billig
Franz Chmel, Prag II., Nekazanka 18.

Vertrauliche allerbeste Bezugsquelle.
Billige Bettfedern vom Gänsezüchter!
1 kg graue Halbweissefedern K 18.—, halbweisse geschlossene K 22.— u. 24.—, weisse flaumige K 35.—, 40.— und 50.—, Herrschafthalbflaumgeschleiss K 70.— u. 80.—, hochfeine K 90.—, ungeschl., weisse, feine K 62.— u. 80.—, grosse fertige Tüchete, gut gefüllt K 160.—, 190.— und 220.—, Kopfpolster K 40.—, 55.— u. 73.— versendet gegen Nachnahme Wenzel Fremuth, Deschenitz Nr. 145, Böhmerwald. Nichtpass. tuschme um od. Geld zurück. Ausführliche Preisliste gratis.

Kohle - Koks - Holz
liefern fuhren- und waggonweise
S. L. Reimann Söhne,
Prag II., Václavské nám. 47.
Telephon Nr. 1675 und 4179. 92

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen
amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossenschaften zu Vorzugspreisen 2
H. Kominik, Prag II., Revoluční 9, Telefon 1514-VIII.

Gastwirtschaft
„Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Prag II., Hybernská 7. 8
Genossen unterstützt das Genossensch. Unternehmen! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke, Trinkgelder aufgehoben!

ABADIE.
Die nächste
Prämien-Verteilung
erfolgt am 30. Oktober 1921.
10000 Prämien 59
im Werte von K 250.000 gelangen an **ABADIE**-u. **AXA**-Raucher zur Verteilung. Letzter Termin für die Einsendung der Reklamemarken und Zigarrontenpapier-Umschläge **15. Oktober 1921.**
Auskunft erteilt das Prämienbureau der „Abadie“ Societé & Responsabilité Limitée, Prag VIII., Lipanská 361. Telephon 3832.

Verlangen Sie überall **Mineraltafelwasser „EXCELSIORQUELLE“** AUS MARIENBAD.
Generalrepräsentanz für die Čsl. Republik: **Bank für Brauindustrie, Prag II.**
Havlíčkovo nám. Nr. 25. 86

Die Gärung in Indien.

Die letzten Nachrichten aus Indien besagen, daß die Aufständischen den „heiligen Krieg“ gegen die Engländer eröffnet haben. Trifft das zu, so sind die Engländer auf gutem Weg, den Hindu so wie es nicht ernstlich gefährdeten Besitz des Landes wieder fest in die Hand zu bekommen. Denn zittern müßten sie erst, wenn die eingeborenen Bewohner sich zu gemeinsamen Handlungen bewegen und sich zu gemeinsamen Verbänden. Solange die Briten mit dem alljährlichen „Teile und herrsche“ auskommen vermögen, steht ihre Sache günstig.

Dieses „Teile und herrsche“ machen ihnen die bunten Bevölkerungs- und Religionsverhältnisse Indiens ganz besonders leicht. Ueber der stark vorkommenden Verwirrung der Dravidas (ca. 53 Millionen) breiteten sich die indischen Krieger aus (ca. 200 Millionen). Diese Hindus, Leute von einem schönen Körperbau und von hohen geistigen Anlagen, bilden den anderen Stämmen gegenüber, neben Koltas, Eodas, Moglaj, persischen Krieger usw., das eigentliche heilige Volk, sowie ihre Religion, der Neu-Brahmismus (über 200 Mill.) von Mohammedanern (ca. 70 Mill.), Buddhisten (7 Mill.), Natur- und Feueranbetern (10 Mill.), Christen (2 1/2 Mill.) und Juden unbestritten überwiegt. Wenn Stämme und Glaubensbekenntnisse einander in dem Lande gewissermaßen drängend nachfolgten, so liegt das an den schier unerforschlichen, auch genügend am Märchenglanz umwobenen Schätzen der belebten und der leblosen Natur. Im fünfstromland des Ganges und dessen bedeutendsten Nebenflüssen, dem Jschamuna, spendet der Boden reichlich an Getreide, Baumwolle und mit dem Reichtum ein sich der Hauber einer seltsamen tropischen Schönheit. Zwar sind von den mehr als 4 1/2 Millionen Quadratkilometer der Küsten, Gebirge und kumpfigen Dschungel gegen nur rund 56 Millionen Hektar bebaut, der von diesen deckt England 70 Prozent seiner Reis- und 18 Prozent seiner Weizenkultur. Baumwolle, Jute, Kaffee, Tee, Tabak, Opium, vorzügliche Hölzer, von Tierprodukten Leder, Wolle und Seide, dann Perlen, Gold, Diamanten und Rubine bilden starke Exportartikel, gesucht sind auch die Teppiche, Seiden- und Baumwollgewebe, welche die Juden mit künstlicher Kunstfertigkeit verfertigen.

Die starke Ausbeute, welche das Land seinen Eroberern verschaffte, lockte früh Fremde dorthin. Zwar der Zug Alexander d. Gr. und die Missionswanderung des marokkanischen Islamverkünders Ibn Batuta gehören mehr in das Reich romantischer Abenteuerfahrender, dann aber drang der Islam auch erobernd und beherrschend vor. Noch realere Ziele verfolgten die von Vasco de Gama um 1500 entdeckten Seefahrer der Portugiesen, die ein Jahrhundertlang das Land ausbeuteten, um dann, durch die Verbindung mit Spanien in ihrem Lebensnerv getroffen, die weitere Ausdehnung der englisch-indischen Kompanie (seit 1600) und der holländisch-indischen Handelsgesellschaft nachgedrungen zu überlassen. Wie diese Gesellschaften geplündert haben mögen, zeigt aus den jährlichen Gewinnziffern von 100 bis 200 Prozent hervor und um dieses reichen Profites willen war auch der Kampf zwischen den beiden Handelsunternehmungen jah genaug. Von Faktoreien aus, zu deren Gründung der Großmogul sich die Erlaubnis

ablocken ließ, geschah die „friedliche“ Eroberung des Landes. Rücksichtslosste Gewalt, List und Betrug mußten den Briten herhalten, um die verschiedenen Konkurrenten, Holländer, Dänen und die gefährlichsten, die von Colbert auf die Spur gebrachten Franzosen; zu verdrängen und um nach und nach Bengalen, Benares und Masur zu erobern, wie das um 1770 Lord Clive und Warren Hastings glückte. Bezirk um Bezirk wuchs der Hindische Kompanie, bzw. der englischen Regierung, die 1858 nach einem gewaltigen indischen Aufstand an deren Stelle trat, so daß Großbritannien heute 2 1/2 Millionen Quadratkilometer in Vorderindien sein eigen nennt und außerdem über einige hundert Schutzstaaten mit weiteren 1 1/2 Millionen Quadratkilometer gebietet.

Als Schatzkammer von Lebensmitteln und Rohstoffen wie als ungeheures Abgabegbiet, dessen 315 Millionen Menschen die Hälfte der gesamten britischen Produktion konsumieren, für England die Schatzkammer des materiellen Lebens, kann Indien vom Herrschaftsvolk aus mit allen Mitteln der klugen Berechnung in Vorrat gehalten werden. Die Hindus haben sich gewonnen, indem sie die Großzahl der kleineren Verwaltungsbeamten ihren Reihen entnehmen. Den Aufständischen schützten sie die Vorrechte, die sie als Eroberer den Hindus gegenüber besaßen, sie unterstützten ihre militärischen Neigungen und liehen ihnen gern den Glanz ihres freundschaftlichen Verkehrs, so daß sich die Muslime wenigstens in dem Wahne wiegen konnten, noch die Herrenlaste unter den Einheimischen zu sein. Ihre geringe Neigung zu Studien kam den Briten erst recht zupass. Die 90 Prozent analphabetischen Männer und die 99 Prozent analphabetischen Frauen in Indien sind gewiß eine der besten Verankerungen englischer Herrschaft. Deshalb bestimmen wir es als den ersten Schritt zur Selbstbestimmung der Juden bezeichnen, daß diese sich seit 1885 zu einem alljährlich abgehaltenen „Allindischen Nationalkongress“ zusammenschlossen, der neben Wünschen und Beschwerden an die Regierung auch die Frage der Volksbildung sich zum Ziele setzte. Die Muslime vereinigten sich von 1890 ab zu einer „Erziehungskonferenz“, liehen sich die Errichtung einer Mittel- und Hochschule angelegen sein und emanzipierten sich von Jahr zu Jahr mehr von englischen Einflüssen, besonders seitdem sie sich 1906 mit altindischen muslimischen Verbänden erweiterten hatten. Bis 1912 konnten sie noch als die verlässlichsten Gefolgsleute der Regierung gelten. In diesem Jahr bekannten sie sich zum erstenmal deutlich zu den nationalen Idealen, die bisher die Hindus vertreten hatten, und begannen gleich diesen das „Swarabsch“, die Selbstverwaltung, zu verlangen. Während des Krieges vereinigten sich die beiden großen Einheimischengruppen 1915 zu gemeinsamem Vorgehen und nötigten so ihren Herren die ersten einschneidenden Zugeständnisse ab: Zwischen 1917 und 1919 wurde eine indische Verfassung geboren, zwar die Spottgeburt einer solchen, die aus ein Drittel Prozent der Bevölkerung mit dem Wahlrecht bedacht, aber doch eine Verfassung und ein Parlament! Der Stein war im Rollen. Gemäßigte Forderungen bestimmten, immer lauter ertönte der Ruf nach Unabhängigkeit. Die erste Phase der Revolution, die nationale, steht in Indien vielleicht nahe vor der Tür. Sie hat ihren Schlachtruf in der von Karamchand Gandhi

eifervoll-prophetisch verkündigten „Non-Cooperation“ gefunden. Dieser muslimische Tolstoj meint damit die völlige Boykottierung aller britischen Waren und will, daß sich Indien industriell ganz auf eigene Füße stelle. Das ist nun freilich, weil dazu so viele Voraussetzungen erfüllt sein müssen, ein wenig utopisch. Die indische Spinndarstellung nun einmal nicht die Maschine ersetzen kann, eine naive, unserem ökonomischen Denken schnurstracks zuwiderlaufende Forderung. Gewiß aber hat die Zahl der elektrischen und Wasserkraftanlagen, von Stahl- und Eisenwerken beträchtlich zugenommen, Maschinen werden im Lande erzeugt, Jute und Baumwolle hier in weit bedeutenderem Umfang verarbeitet als vor einem Jahrzehnt. „Indien den Indiern!“ ist der Grundgedanke all dieser Erscheinungen, der Panislamismus fügt sich ihm als willkommenes Glied ein. Er wurde, wie wir wissen, durch die Niederlage des Sultans im Weltkrieg mächtig angefaßt, denn die indischen Muslime schickten sich durch den Sturz von Mohammeds Nachfolger schwer getroffen. Ein kriegerischer, leidenschaftlicher Stamm wie die Moplahs, die Träger der gegenwärtigen Erhebung, könnte aus dieser Erbitterung heraus ganz wohl zur Empörung getrieben werden. Denn diese handvoll Menschen (sie zählen im ganzen eine Million und leben an der Küste von Malabar) hat sich mit dem Gedanken, der Briten untertan zu sein, nie vertraut machen können, so 1800 wie 1850 haben sie den Europäern blutige Schächten geliefert, Fischer, Schiffer und Bauern von Beruf, verkörpern sie den Trotz und den stolzen Unabhängigkeitsdrang. Ein soziales Motiv mengt sich ihrem Handeln mit ein: als kleine Pächter werden sie von den großgrundbesitzenden Hindus nach allen Regeln der Kunst ausgebeutet. Das erklärt uns auch, weshalb sie gegen die Hindus den „heiligen Krieg“ verkünden. So sehr man die Empörung der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter begreifen und begrüßen darf — der Freiheit dienen die Moplahs mit ihrem neuen Kampfruf dennoch nicht. Sie sprengen die Einheit der Bevölkerung dem noch ärgeren Ausbeuter, England, gegenüber und geben diesem so die willkommenen Gelegenheiten, alle Anfänge der Befreiung und wieder zu verrichten. Allzuwahrscheinlich ist das freilich nicht. 300 Millionen Menschen sind zum bewußten Eigenleben erwacht. Das muß weiterwachen, weiter bis zum Ziel. Die kapitalistische Welt und ihr gewaltigster Vertreter, England, kann im Lauf der Entwicklung von Indien aus einen erschütternden Stoß erhalten, der auch dem ganzen kapitalistischen System gefährlich werden kann.

Anslaud.

Der Freiheitskampf der Iren.

In London scheint man gewillt zu sein, die Iren würde zu machen. De Valera hat die letzte Note Lloyd Georges dahin beantwortet, daß der Dail Eireann Unterhändler jederzeit zu schicken bereit sei, wenn er dadurch nicht von vornherein seine Stellung festlege und also trotz der Entsendung freie Hand behalte. In der ursprünglichen Forderung gemessen, Irland wolle mit England wie ein souveräner Staat mit dem anderen verhandeln, bedeutet das gewiß ein beträchtliches Entgegenkommen. Aber die englische Presse zeigt sich „enttäuscht“ und befürchtet den Abbruch der Verhandlung

gen noch vor einer Verständigungskonferenz. Vermutlich waren die Herren der Welt der Meinung, daß ein recht lauter Schredschuß, wie Lloyd Georges Brief, genügen werde, um ein ganzes, verzweifelt für die Freiheit kämpfendes Volk in die Knie zu zwingen. Der Satte begreift nun einmal die Not des Hungernden nicht.

Orthodoxe Dementiersprüche.

Budapest, 21. September. (U. I. A.) Die Berichte der Wiener Blätter über die Ausrufung der ungarischen Republik sind ebenso aus der Luft gegriffen wie die bereits wiederholt dementierten Nachrichten über eine angebliche Mobilisierung in Ungarn. Die auf die Person des Abg. Friedrich und Lingauer Bezug habenden Mitteilungen sind unformale offenkundige Erfindungen, als Stefan Friedrich bekanntlich über Aufforderung der Regierung Westungarn schon seit längerer Zeit verabschiedet hat und sich seither in Budapest aufhält. Lingauer ist gleichfalls nach Budapest abgereist. Donnerstag beginnt die Nationalversammlung.

Genf, 20. September. (Zsch. P.B.) Die 6. Kommission (Politische Angelegenheiten) beriet heute über die Aufnahme Litauens. Sie wurde gegen die Stimmen der Polen und Rumänen beschlossen.

Moskau, 21. September. Der Vertreter des Deutschen Reiches, Wiederfeld, hat gestern seine Beglaubigungsdokumente überreicht, wobei zwischen ihm und dem Vorsitzenden des russischen Zentralvollzugsausschusses Kalinin die üblichen schönfärbenden Reden ausgetauscht wurden.

Neue Jugend.

Aus schweren Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit hat sich unsere Jugend zu Weg- und Zielbarkeit durchgerungen. Nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung, jener Ordnung, unter der auch sie viel gelitten, strömten die jüngeren Arbeiter den sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu, in solchen Massen, daß es unmöglich war, sie sofort zu schulen, sie sofort zu planmäßiger sozialistischer Bildungsarbeit zu sammeln. Groll über erlittene Drangsal, Haß gegen die gesellschaftliche Ordnung, die jarte Jünglinge unter die Despotie des Kriegesleistungsgesetzes stellte und auf die Schlachtfelder trieb, und überschwängliche Begeisterung für eine neue Welt, die sie sofort mit aufbauen zu können hofften, — sie machten große Massen junger Arbeiter zu radikalen Sozialdemokraten, die sich mit bewunderungswürdigem Fleiß, in zäher, opferwilliger Arbeit eine Organisation bauten, die knapp zwei Jahre nach dem Kriege gegen dreißigtausend Mitglieder zählte. Aber diese jungen Radikalen waren ebenso eifrig, wie sie am Bau dieser Organisationen gearbeitet hatten, zu ihrer Zerstörung bereit, als ihnen dies zur raschen Befreiung der „Weltrevolution“ notwendig erschien. Auf diese gärende Menge, auf diese latendurstige, Wunderwerke von der eigenen Kraft und vom eigenen Willen erwartenden Jugend, die so gern über alle Schwierigkeiten des Weges hinwegging, weil sie eben Jugend war, — auf diese Jugend mußten die kommunistischen

Fenilleton.

Der Berg.

Von Karl Capel.

„Rein, wozu?“ wunderte sich der große Mann.
 „Sie sind also nicht als jemand verkleidet?“
 „Nein, das bin ich selbst.“ sagte der Detektiv schneidend. Jevisek empfand mit einem Schlage eine Zuneigung zu dem traurigen und stillen Manne. „Ist es schwer, Detektiv zu sein?“ sagte er ihn.
 „Das nicht. Es hängt vom Charakter ab. Sind Sie nicht Musiker? Das ist ein weit richtiger Beruf.“
 „O, glauben Sie nicht“, rief Jevisek aus. Zum Beispiel eben jetzt... Ich komponierte nämlich etwas Größeres, ein Quartett — kurz, ich konnte nicht weiter. Ich weiß mir einen Rat mehr. Es ist mir entglitten.“
 „Sie müssen ihm nachforschen“, meinte der Detektiv.
 „O, der Künstler sucht immer. Das ganze Leben hindurch. Aber jetzt hat es mich ausgezehrt. Darum bin ich mit Ihnen gegangen, um ein wenig zu vergessen, um mich zu erleichtern.“
 „Ich glaubte, Sie wären aus Neugierde gegangen, wie der andre Herr.“
 „O nein, ich bin eigentlich ohne Interesse gegangen. Ich freute mich, daß ich etwas sehen werde, etwas Ungewöhnliches und Aufregendes. Manchmal braucht man eine Erschütterung. Ach, nehmen Sie nicht öfter mit sich!“
 „Recht gern“, sagte der Detektiv ernst, „falls Ihnen befohlen wird, zu gehen. Aber ohne Befehl gehen Sie nicht. Es ist nicht gut, einen Menschen zu verfolgen.“
 In Jevisek regte sich das Gewissen. „Es ist ja ein Mörder“, verteidigte er sich.

Der Detektiv nickte mit dem Kopf. „Ja, es ist nicht gut, einen Menschen nicht zu verfolgen.“
 „Was soll man also tun?“
 „Nichts. Alles ist gleich ungut. Schlimm ist es, zu schlagen und nicht zu schlagen, zu urteilen und zu vergeben — Alles hat seinen Schatten und seine Schuld.“
 Jevisek fand eine Weile nach. „Was tun Sie eigentlich?“
 „Ich tue nur, was ich muß. Das Vernünftigste ist, zu gehorchen. Sich dem Befehl zu unterwerfen.“
 „Und der, welcher Befehle gibt?“
 „Der fehlt, Herr. Ungut ist es, zu befehlen; und die ärgste aller Verirrungen.“
 „Und doch soll man gehorchen?“
 „Freilich. Das war dann kein Befehl, wenn man ihn nicht befolgte.“
 „Sie können keine Kunst machen“, staunte Jevisek.
 „Nein“, sagte der Detektiv. „Die Kunst ist zu eigenwillig.“
 „O, auch die Kunst hat Regeln, die man erfüllen muß.“
 „Befehle?“
 „Nein, Befehle sind es nicht.“
 „Also sehen Sie“, brummte Bilbauer.
 Jevisek war verwirrt; ihm kamen alle Unsicherheiten, alle quälenden Zweifel in den Sinn, die er in seiner Kunst zu ertragen hatte; um wieviel besser wäre ihm, wenn ihm irgend eine höhere Stimme einfach anordnete, was und wie — Entfernt und melodisch erstand ihm das Motiv der höheren Stimme. Still folgte Jevisek dem großen, finsternen Manne, welcher mit absoluter Sicherheit im Dunkeln einen Weg fand, den er nicht kannte; während er, Jevisek, der hier zu Hause war, sich hundertmal verwirrte und stolpernd eine Wegbie-

gung suchte, welche nicht war, oder die Richtung dort, wo der nächste Schritt ihn vom Felsen stürzen würde.
 Wie find sie ihrer selbst sicher, dachte er nach. Slavik, der voll Erkenntnis ist; der Kommisar der beschien darf, — welche Sicherheit ist dem Menschen die Nacht! Und Bilbauer, von Unterwürfigkeit erfüllt; wie find sie sicher, während ich keine Ruhe habe — Die Schönheit läßt mich nicht schlafen und läßt mir keine Ruh; niemals, niemanden gibt sie Gewißheit.
 Jevisek ersehnte sein, schwirrte es bang durch Jeviseks Kopf; und wenn schon suchen, also wenigstens nichts Uebermenschliches, das dem Menschen entfliehen muß! Ich verfolgte ja auch, fiel ihm ein, — hier und da finde ich eine Spur oder erhörte ein Echo; ach, den ewig sich entfernenden Widerhall von etwas Vollkommenem! Eines Engels, welcher singt!
 „Was singen Sie da?“ fragte Bilbauer auf einmal.
 Jevisek erschau und Hitze durchströmte ihn: „Ich habe gesungen?“
 „Gesungen. Gesungen. Etwas sehr Schönes.“
 Jevisek durchströmte eine neue, freundliche Wege: „Wirklich! Ich danke Ihnen! Ich hatte gar keine Ahnung — wie war es eigentlich?“
 „Es war — es war — ich weiß nicht mehr. Es veränderte sich fortwährend, anders und anders — Ich erinnere mich nicht mehr. Schön war's.“
 Inzwischen näherten sie sich dem Gipfel des Berges. Jevisek kann nicht mehr nach und sang auch nicht. Bilbauer führte ihn schweigend und sicher vorwärts. „Jemand läuft, bleiben Sie stehen“, flüsterte er plötzlich. Jevisek spannte das Gehör an, aber vernahm nur die Orgel der Berge. „Still“, wiederholte der Detektiv.

Im Regen stürzte vor ihnen, wälzte sich, sprang die riesige Masse eines menschlichen Körpers nieder und verschwand in der Finsternis. Jevisek, furchtbar überaus, machte sich ohne Laut hinter ihr her aus irgendeinem jägerischen Urtrieb heraus. Bilbauer lief ihnen nach, aber der Rebel verschlang sie; da winkte er mit der Hand und machte sich auf den Weg zu der Einsicht.
 Inzwischen hatte es schon zu regnen aufgehört und es fiel Rebel auf die Gipfel der Berge. Der Himmel wurde rein, und der Mond durchstrahlte die dichten Nebel mit milder Delle; die weite Landschaft hüllte sich in weiche und fast süße Stille.
 Jevisek eilte der stehenden Masse nach, so rasch er nur vermochte; es war ein wildes Sichschlingeln über den Gipfel des Berges, stumm und hartnäckig. Jevisek ging der Atem aus. „Ich kann nicht“, hauchte er und stand still.
 „Auch ich kann nicht“, ertönte aus dem Nebel eine ferne Stimme.
 Jevisek setzte sich auf einen Stein und atmete bestig.
 „Einen Kranken jagt ihr“, sprach die Stimme heiser und stark. „Ihr habt ihn vom Lager getrieben und ihm das Obdach geraubt. Ist euch das nicht genug? Habt ihr mir wenig getan?“
 „Sie sind krank?“ rief Jevisek.
 „Was wollt ihr noch?“ fragte die Stimme. „Das ist unmenschlich! Widerwärtig! Laßt mich endlich!“
 „Sie können nicht fortgehen“, sagte Jevisek beunruhigt. „Sie würden Sie fangen... sie haben den Berg umzingelt.“
 „So viele seid ihr?“ sagte die Stimme mit erhöhter Bitterkeit. „Das ist eine Schand-

nistlichen Schlagworte ungemein verführerisch wirken. War die Verheißung nicht lockend, den „Alten“ voranzugehen, ihnen zu zeigen, wie man's macht? Mühte es nicht auch der jugendlichen Eitelkeit schmeicheln, der ganzen Klasse voranzustürmen zu können.

Kein Wunder, daß ein sehr großer Teil der Jugend den kommunistischen Phrasen erlag, dem Aufbruch an die kommunistische Jugend zustimmte und damit den Verband sprengte? Denn ein großer Teil ging von allem Anfang an den Weg in die Irre nicht mit, wurde, weil er sozialdemokratisch blieb, aus dem kommunistisch gewordenen Verbände ausgeschlossen und gründete darauf eine neue Organisation, den „Sozialistischen Jugendverband“. — Aber auch kein Wunder, daß der kommunistische Verband in der selben Zeit, da die sozialdemokratische Organisation erstarb und sich löste, an Mitgliedern und Gruppen verlor und in vielen Gebieten, die er noch vor einem halben Jahre vollständig beherrschte, zur Bedeutungslosigkeit herabsank. Die so leicht begeisterten waren, waren ebenso leicht enttäuscht, als nichts von dem geschah, was ihnen verkündet worden war, die Revolution ausblieb und alle die großen Aktionen, zu denen sie berufen sein sollten. Mit Phrasen haben die Kommunisten die Jugend gefüttert und — überfüllt. Sie wurde bald der großen Worte müde, verließ sich wieder zu Spiel und Tanz, oder tauchte plötzlich — bei den Deutschnationalen auf, sodas als bedeutungsvoller Erfolg der kommunistischen Tätigkeit unter der Jugend die Zunahme des Indifferentismus festzustellen ist.

Die im „Sozialistischen Jugendverband“ vereinigten Jungproletarier blieben vor solcher Enttäuschung bewahrt, wurden nicht früh blasiert, weil sie im Kampfe gegen die kommunistischen Phrasen gereift waren, in diesem Kampfe erkannt hatten, daß nicht die Jugend allein, nicht Wille und Kraft allein zur Revolution genügen, daß dazu sich gesellen muß das Wissen und die Erfahrung, daß Tatkraft und Begeisterungsfähigkeit der Jüngeren sich paaren müssen mit der kühleren Erwägung des Erwachsenen. Als ihre besondere Aufgabe, aber auch als ihr Glück und ihre Freude sehen sie es deshalb an, zu lernen. Es wird wirklich gelernt in unserer Jugend! Vorträge und Diskussionen in den Gruppen geben die Anleitungen, aber die wichtigste Aufgabe des „Sozialistischen Jugendverbandes“ ist wohl die, den Willen zum Lernen in der Jugend zu wecken, den Willen zur Arbeit an sich selber, die jeder Einzelne leisten muß, für sich und doch in der Gemeinschaft. Darum legt das neue Programm, das sich der Verband gegeben hat, so großen Wert auf die Selbst-erziehung.

Die Jugendlichen sollen bewußt an sich selber arbeiten sollen versuchen, schon innerhalb der kapitalistischen Welt nach sozialistischen Grundrissen zu leben. Das aber heißt, in der Gemeinschaft leben, für die Gemeinschaft leben, den Egoismus zurückdrängen, seine Handlungen durch das Interesse der Gesamtheit bestimmen lassen. Es heißt, den Kampf aufnehmen gegen die Einflüsse der kapitalistischen Umwelt, bewußt anders sein wollen, als der Kapitalismus die proletarische Jugend gestalten will. Aus diesem wahrhaft revolu-

Was fange ich jetzt an? Gott, o Gott, was fange ich an?

Jehisel verharrete in schmerzlicher Verlegenheit.

„Jesus Christus,“ sagte die Stimme, „was fange ich jetzt an? Sie haben den Berg umzingelt... Christus Jesus!“

Ein strahlendes Weiß erfüllte Jehisels Herz, „Herr,“ begann er bebend.

„Was fange ich jetzt an,“ zitterte im Nebel die Stimme. „Ich bin verloren! Verloren! Verloren! O Gott, wie ist das möglich!“

„Ich helfe Ihnen, Herr,“ rief Jehisel hastig.

„Verraten wollen Sie mich,“ jammerte die Stimme. „Vater unser, der du im Himmel bist, geheiligt werde dein Name, dein Königreich komme, es geschehe dein Wille... dein Wille... Laß mich entkommen! Gott, laß mich entkommen!“

Da empfand Jehisel Schmerz, Begeisterung, Grauen, — Liebe und Verwunderung, Freude Weinen und leidenschaftliche Tapferkeit: und er erhob sich bebend und sagte: „Kommen Sie, sie bewachen nur die Wege. Ich gehe mit Ihnen. Fürchten Sie sich nicht.“

„Kommen Sie nicht her,“ schrie die Stimme auf.

„Ich gehe mit Ihnen. Fürchten Sie sich nicht vor mir. Wo sind Sie?“

„Jesus Christus,“ stammelte die Stimme entsetzt. „Ich will nicht, ich will nichts von Ihnen!“

Da gewahrte Jehisel vor sich einen formlosen Schatten, und stiebrischer Hauch wehte ihm ins Gesicht. „Lassen Sie mich,“ röchelte eine Stimme, eine Hand berührte seine Brust, und plötzlich stoh der Schatten mit schaukelnden Sprüngen in den Nebel hinein.

(Fortsetzung folgt.)

tionären Wellen, aber ebenso aus dem Widerstand gegen die Jugendverrohung, die Folge des Krieges ist, entspringt der Kampf unserer Jugend gegen Alkohol und Nikotin, gegen die Langweiligkeit, die geistlosenden und die niedrigen Leidenschaften verkündenden Gewinnspiele, gegen Mord und Schandliteratur. Diese Jugend, die im Kampfe gegen Alkohol und Nikotin heranwächst, in bewusstem Widerstand gegen die Darbietungen der bürgerlichen Vergnügungsindustrie, die es lernt, sich einfach und schlicht zu kleiden, die an schönen Tagen wandert, in Feierstunden liest und lernt, die das Kartenspiel verschmäht und an Sommertagen auf Waldwiesen Volkstänze tanzt, während die anderen sich in stickigen Wirtschaftszuständen herumdrücken, — diese Jugend, die im Kampfe mit sich selber, im Kampfe mit den Kleinen und doch so großen Leidenschaften des Alltags heranwächst, ist eine neue Jugend.

Jeder mußte diesen Eindruck haben, der an dem Jugendfest teilnahm, das die Jugendlichen des Teplitzer Bezirkes aus Anlaß des Verbandstages in Eichwald veranstaltet hatten. Ein Fest, bei dem kein Tropfen geistiger Getränke zu sehen war! Keine der üblichen Volksbelustigungen, kein Vogelschießen, kein Kegelschießen. Dafür aber: Revolutionäre Ansprachen, Schaargänge, Volkstänze, Aufführung von Jugendfestspielen, Vortrag von revolutionären Dichtungen. Viele der Jungen in Wandtracht, in Hemden, die den Hals offen ließen, — die Mädchen ohne steifen Sonntagstaar, Blumenkränze im Haar...

Eine neue Jugend wächst hier heran! Gar viele der erwachsenen Festteilnehmer riefen es freudig aus, und ihre Augen glänzten zukunfts-froh...

Eine Jugend, die selbständig wird. Selber hat sie sich ihre Organisation geschaffen, sie selber in heißem Kampfe verteidigt. Selber hat sie sich ihr Programm erarbeitet, selber erzieht sie sich. Selber bildet sie ihre Funktionäre heran, ihre Redner, ihre Journalisten. Selber gestaltet sie sich ihr Leben. Das ist Jugendbewegung!

Noch wird in der Partei das, was hier im Werden ist, nicht genügend gewürdigt. Vielleicht ist es gut so. Denn es wäre möglich, daß da und dort Erwachsene, die den neuen Geist der Jugend nicht verstehen — und es wird immer wieder Alte geben, die der Jugend und ihrem Willen verständnislos gegenüberstehen — der Jugend ihre Willen, den Willen der Alten aufzuzwingen versuchen würden. Nichts aber wäre schlimmer als das! Unsere Jugend verschmäht nicht den Rat, die Erfahrung, die Hilfe und Mitarbeit der Erwachsenen, aber man muß ihr Selbständigkeit lassen, damit sie sich nach eigenem Willen entwickeln kann. Es ist ein Beweis des hohen Verständnisses unserer Partei für das Wesen der Jugendbewegung, daß sie nie störend eingegriffen hat, daß sie nie versuchte, Jugendpflege — Drill und Zwang — an Stelle der Jugendbewegung zu setzen, daß sie Vertrauen zur Jugend hatte. Es gibt auch keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die Jugend den rechten Weg gehen wird. Proletarische Jugendbewegung kann nicht anders als sozialistisch sein. Die Jugend lebt ja, als Teil des Proletariats, das Leben der Klasse mit, nimmt teil an allen ihren Kämpfen, erkennt früh den Massencharakter der Gesellschaft, im Kampfe lernt sie, ihre Kampf-aufgaben führen sie zu eifrigerem Lernen, ihr Lernen schult sie für den Kampf. Viele tüchtige Kämpfer sind der Partei schon aus den Reihen der Jugendorganisation zugeströmt, noch mehr werden ihr aus der Jugend, die heute in dieser Organisation heranwächst, erstehen: Kämpfer, Organisatoren, Arbeiter. Und sie werden, da ihnen in der geistigsten und gefühlstärksten Zeit ihres Lebens der Sozialismus zum Erlebnis geworden, mitbringen unbeflegbaren Zukunftsglauben, unausschöpfbare Begeisterung und sie, in denen so viel großes Meines Lebendigen geworden, dereinst die Verwirklichung der Menschheit.

Erich Bruno.

Verschiedenes.

Die Leidensgeschichte einer deutschen Bürgerschule. Aus Böhmischeslawa wird uns geschrieben: Seit dem Jahre 1876 besteht in Böhmischeslawa eine deutsche Bürgerschule, die hauptsächlich von Arbeiterkindern besucht wird. Nach dem Umsturz wurde durch Eingemessenheit mehrerer tschechischer Orlschaften der Umgebung eine tschechische Mehrheit geschaffen und seither arbeitet diese Mehrheit mit wenig lauteren Mitteln an der Austilgung dieser Bürgerschule, die ein unbedingtes Bedürfnis der deutschen Einwohnerschaft darstellt, da es im Umkreis von 8 Kilometern keine andere deutsche Bürgerschule gibt. Zuerst wurde Böhmischeslawa aus dem deutschen Reichsberger Landesschulbezirk ausgeschlossen und dem tschechischen Schulbezirk einverleibt. Hierauf

wurde die fünfklassige Schule auf eine zweiklassige herabgesetzt und es wurde ein Orts-schulrat gewählt, in dem 11 Tschechen und 4 Deutsche vertreten sind. Dieser Ortschulrat verlangte mit der Mehrheit der Gemeindeab-ordnung die Auflösung der deutschen Bürgerschule, obwohl heuer 110 Schüler diese Anstalt besuchen. Da ein Besuch um Auffassung dieser Bürgerschule nicht von Erfolg begleitet war, wollte man durch die Verweigerung der Aufnahme ortsfremder Kinder den gewünsch-ten Zweck erreichen. Die ortsfremden Kinder stammen aber aus den unmittelbar angrenzenden Nachbargemeinden, die durch mehr als 40 Jahre die Kinder in diese Anstalt schickten. Da der Landeschulrat entschied, daß auch Kinder, welche mehr als 4 Kilometer vom Schul-gebäude entfernt wohnen, aufgenommen werden müssen, versuchte nun der Ortschulrat den Unterricht dadurch zu verhindern, daß er das Gebäude, welches seinerzeit ausschließlich aus deutschen Sammlungen erbaut und dann der Gemeinde überlassen wurde, für tschechische Schulzwecke in Anspruch nahm, sodas die deutsche Bürgerschule obdachlos wurde. Auch wurde mit zwei Polizisten und drei Gendar-men die Ueberführung der eigenen Einrich-tungsstücke und Lehrmittel verhindert. Ueber Beschwerde der Schulleitung in Gemeinschaft mit den deutschen Mitgliedern des Ortschul-rates entschied das Bezirkschulamt Turnau, daß die sämtlichen Erfordernisse für die Bür-gerschule beizustellen und die Lehrmittel in das für die deutsche Schule aus privaten Mitteln hergerichtete Wohngebäude zu überführen sind. Aber der Ortschulrat ließ diese Ent-scheidung einfach unbeachtet. Eine gleichlau-tende Verfügung erließ der Landeschulrat, doch auch diese Verfügung wurde bis jetzt nicht befolgt, sodas man gezwungen war, zu Schul-beginn aus einem Gasthaus 80 Stühle und aus der Fabrik Tische zu borgen, damit der Un-terricht beginnen konnte. Die Kinder sind nunmehr gezwungen, die Schulrequisiten auf den Fußboden zu legen und da die Zeichenbret-ter auf die Tische nicht richtig gelegt werden können, muß eine Klasse, welche etwas geeig-netere Tische besitzt, mehreremale im Tage mit den anderen Klassen übersiedeln, damit auch diese die Zeichenstunde abhalten können. Das Verlangen nach Auflösung dieser Bürgerschule würde zum größten Teile arme Arbeiterkinder treffen, da die vermögendere Kreise ihre Kin-der auswärts in Mittelschulen und Hochschu-len ausbilden lassen. Es ist Barbarismus arg-ster Art was da betrieben wird und der Lan-deschulrat sollte dem Ortschulrat endlich ener-gisch nahelegen, daß er die Weisungen der vor-gezeichneten Behörde zu befolgen hat.

Willkürliche Aberkennung der Staatsbürger-schaft. Der Verband der deutschen Selbstver-waltungskörper in der tschechoslowakischen Re-publik hat an das Ministerium des Innern fol-gendes Schreiben gerichtet: „In einer Kund-machung der schlesischen Landesregierung, welche über Weisung des Ministeriums des Innern erfolgt ist, finden wir folgenden Satz: „Personen, welchen in der Zeit vom 28. Oktober 1918 bis 16. Juli 1920 die tschecho-slowakische Staatsbürgerschaft verliehen wurde, haben ebenfalls bis spätestens 31. Dezember 1921 ihre Staatsbürgerschaftsur-kunde der politischen Behörde 1. Instanz zur Bestätigung vorzulegen. Personen, die ihre Gesuche, bezw. Staatsbürgerschaftsur-kunden nicht bis zum 31. Dezember 1921 vorlegen, verlieren mit diesem Tage die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft und sind ab 1. Jänner 1922 Staatsbürger des-jenigen Staates, in dem sie vor dem 1. Jänner 1910, bezw. 28. Oktober 1918 zu-fänglich waren.“

Für den Fall, als diese Kundmachung authentisch sein sollte, müssen wir darauf ver-weisen, daß die Aberkennung der Staatsbür-gerschaft nur auf gesetzlicher Grundlage mög-lich ist und daß es nicht Sache des tschechoslo-wakischen Staates sein kann, einseitig zu be-stimmen, daß ein bisheriger tschechoslowaki-scher Staatsbürger von einem bestimmten kom-menden Tage an Staatsbürger eines fremden Staates sein wird. Daß die bezogene Kundma-chung insbesondere auch den Artikel 1 des zwi-schen der Tschechoslowakei und Oesterreich am 7. Juni 1920 abgeschlossenen Brünner Vertra-ges (Sammlung der tschl. Gesetze und Verord-nungen Nr. 107/1920) widerspricht, bedarf kei-ner weiteren Ausführungen. Bei dieser Sach-lage stellt der Verband der deutschen Selbst-verwaltungskörper an das Ministerium des Innern das dringende Ersuchen, die bezeich-nete Kundmachung, falls sie tatsächlich erfolgt sein sollte, sofort zurückzuziehen und den nach-geordneten Behörden zu bedeuten, daß das verleihe tschechoslowakische Staatsbürger-recht ein wohl erworbenes Recht darstellt, das auf administrativem Wege nicht willkürlich aberkannt werden kann und daß es nicht Sache der tschechoslowakischen Behörden ist, über die fremde Staatsangehörigkeit ir-gend einer Person zu entscheiden. Die Legiti-

mation des Verbandes der deutschen Selbstver-waltungskörper zu diesem Einschreiten ist da-rin begründet, daß die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft die Voraussetzung der Heimatszuständigkeit in einer Gemeinde der Tsch-echoslowakei ist. Mit Rücksicht auf die Wichtig-keit der Angelegenheit dürfen wir der Erwar-tung Ausdruck geben, daß das Ministerium die Angelegenheit in kürzester Frist aufklären wird.“

Die fromme Wilhelmine. Die Königin der Niederlande verlas am Dienstag in einer ver-einigten Sitzung der Generallstaaten eine Thronrede, bei deren Beginn es zu einem be-merkenswerten Zwischenfall kam. Als die Königin zu lesen begann, riefen einige Per-sonen von der Tribüne herab: „Hermann Grönendaa! muß aus dem Gefängnis entlassen werden!“ Grönendaa befindet sich seit 6 Monaten in Haft wegen seiner Mil-itärdienstverweigerung aus Gewissensbedenken und hatte mehrere Wochen jegliche Nahrung zurückgewiesen. Polizisten in Zivil entfernten die Demonstranten. Unter ihnen beand sich die Frau eines kommunistischen Abgeordneten der zweiten Kammer. Ihre Majestät konnte dann ungehindert die Thronrede fortsetzen, in der sie gleich anfangs feststellte, daß Gott die Niederlande vor schweren Schicksalsschlägen bewahrt habe. O, sie ist sehr fromm, die Wil-helmine. Sie läßt ja, auch sicherlich nur ihrem Herrgott zuliebe, Hermann Grönendaa im Kerker schmachten. Demselben lieben Gott, an den die Königin so fest glaubt, muß aber doch wohl jener Grönendaa der gefälligeren erscheinen; den ihm verbietet sein Gewis-sen, das Mordhandwerk zu üben, das die Grundlage der königlichen Macht bildet.

Wiederm eine entsehlliche Katastrophe.

Explosion in der Oppauer Anilinfabrik. — Hunderte Tote und Verwundete.

Mannheim, 21. September. (Wolff.) Heute morgens gegen halb 8 Uhr erfolgten kurz nach-einander zwei außerordentlich starke Ex-plosionen, verbunden mit einer gewaltigen Er-derschütterung, die weit in der Um-gebung verspürt wurde, so in Mainz, Heidel-berg, Schwabingen, Gronstadt, Frankfurtal, Ludwigshafen usw., wo überall Sachschaden angerichtet wurde. Auf der Ostseite der Säu-ser wurden zahlreiche Fensterschei-ben durch den Luftdruck eingedrückt, Kolläden heruntergerissen, Fensterschlügel ge-waltig geöffnet und leichtes Material, wie Schreibmaschinen, von den Tischen herunter-geschleudert. Die amtlichen Stellen geben auf Anfragen keine Antwort. Auch wurden zeitweise wegen der drohenden Gefahr der Wiederholung der Explosion die Telephone hier und in Ludwigshafen gesperrt.

Wie wir feststellen konnten, haben beim Schichtwechsel in der badischen Anilinfab-rik in Oppau, wo die besonders gefähr-lichen Städtstoffverbindungen hergestellt wer-den, eine Explosion stattgefunden. Der Sach-schade ist ungeheuer. Die Zahl der Toten und Verwundeten geht in die Hunderte, konnte aber bisher auch nicht annähernd festgestellt werden. Alle ver-fügbaren Transportmittel wurden an die Unglücksstelle beordert, um die Verwundeten zu bergen. Die Unglücksstätte wurde gesperrt. Die französische Besatzung in Ludwigshafen hat ihre Pferde nach Mundenheim abtransportiert und soll sich alarmbereit halten. Die Ex-plosionsgefahr ist bis zur Stunde noch nicht behoben. Nähere Einzelheiten und amtliche Ermittlungen über die Ursachen und den Umfang der Explosionen stehen noch aus.

Mannheim, 21. September. (Tsch. P.-B.) Die hiesigen Abendblätter bringen spal-tenlange Berichte von Augenzeugen über das Unglück in Oppau. Die Arbeiter, die gerade in die Fabrik eintraten, erlitten fast alle Ver-letzungen. In Massen strömten die Arbei-ter aus der Fabrik, zum größten Teile blutüberströmt. Im Oppauer Werk liegen Hunderte von verletzten Ar-beitern. Zu der verhängnisvollen Stunde sollen im Oppauer Werke 820 Arbeiter beschäf-tigt gewesen sein, über deren Schicksal noch nichts bekannt ist. Nach dem Bericht eines Arbeiters arbeiteten von der Nachtschicht noch etwa 800 Mann, von denen, wie er meint, wohl keiner lebend davongekom-men sein dürfte. Die Befürchtung einer neuen Explosion dürfte nach Mitteilung der Direktion jeglicher Begründung entbehren. Nach der „Neuen Badischen Landeszeitung“ sollen zur Zeit des Unglückes 6000 Arbeiter und An-gestellte beschäftigt gewesen sein, nach anderer Lesart 2500.

„Explosionsgefahr ausgeschlossen!“

Ludwigshafen, 21. September. Die Di-rektion der Anilinfabrik teilt mit, daß die Produkte seinerzeit in der Fabrik und vor der Einlagerung eingehend untersucht wurden, so daß eine Explosionsgefahr als ausgeschlossen galt.